

Dossier „Ökonomie mit Energie“

Ausgabe 146, 2017

1. Artikel/Grafiken: Städte machen RWE Druck (29.12.2016)

„Am 17. Februar 2016 war das Ruhrgebiet in Aufruhr. Der Energiekonzern RWE, an dem viele Städte und Gemeinden seit Jahrzehnten beteiligt sind, überraschte mit einer Mitteilung, die zunächst recht harmlos daherkam: „RWE stellt Weichen für Erfolgskurs in schwerem Marktumfeld“, war die Nachricht betitelt. Aber entweder ließ die Kommunikationsabteilung sämtliches Fingerspitzengefühl vermissen - oder sie wollte einen ganz eigenen Sinn für Humor beweisen. Mit der irreführenden Überschrift verkaufte RWE hohe Abschreibungen, einen Nettoverlust - und vor allem die Ankündigung, den Stammaktionären die Dividende für 2015 komplett zu streichen. Für die Bürgermeister und Kämmerer der kommunalen Aktionäre an Rhein und Ruhr war die Mitteilung jedenfalls Hohn und Schock zu gleich. Mit einer Kürzung der Dividende hatten sie ja gerechnet, aber nicht mit einem Totalausfall. Das war ein Tabubruch. Seit den 1950er-Jahren konnten sich die kommunalen Aktionäre, die noch immer gut 20 Prozent der Anteile an dem Energiekonzern halten, auf eine stabile Dividende verlassen. Jetzt fehlten auf einen Schlag 150 Millionen Euro in den ohnehin klammen Kassen. Für 2016 wollen die kommunalen Aktionäre keine weitere Nullrunde akzeptieren.“

- Verortung v. a. in den Themenbereichen **„Wertschöpfung“**, **„Rahmenbedingungen der Energiewirtschaft“** und **„Energie und Makroökonomie“**

1. *Erschließen Sie am Beispiel des Energiekonzerns RWE, inwieweit sich die Rahmenbedingungen für die großen Energieversorgungsunternehmen in Deutschland in den letzten Jahren verändert haben.*
2. *Erörtern Sie in diesem Zusammenhang die folgende Aussage aus dem Artikel: „Tatsächlich ist der Konzern noch immer ein Sanierungsfall“.*
3. *Erläutern Sie die ökonomischen Verflechtungen zwischen den Städten und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen sowie dem Energiekonzern RWE. Setzen Sie sich dabei u. a. mit der Bedeutung der vom Konzern ausgeschütteten Dividenden für die kommunalen Haushalte auseinander.*
4. *Analysieren Sie den aktuellen Konflikt zwischen Bürgermeistern, Kämmerern und der Unternehmensführung. Arbeiten Sie dabei deren jeweilige Positionen und Interessen sowie die zutage tretenden Konfliktlinien heraus.*

2. Artikel: Österreich fürchtet höhere Stromkosten (02.01.2017)

„Die Energiebranche in Österreich pocht darauf, die gemeinsame Strompreiszone mit Deutschland fortzusetzen. Nachdem die europäische Energieregulierungsbehörde ACER entschieden hat, die einheitliche Strompreiszone zwischen Deutschland und Österreich zu trennen, geht die Energiewirtschaft im Alpenland nun auf die Barrikaden. Der Grund: Die Österreicher fürchten erhebliche Nachteile, beispielsweise deutlich höhere Strompreise.“

- Verortung v. a. in den Themenbereichen **„Angebot/Nachfrage/Preisbildung“**, **„Rahmenbedingungen der Energiewirtschaft“** und **„Perspektiven der internationalen Energieversorgung“**

1. *Erschließen Sie sich den historischen Hintergrund sowie die Form der gemeinsamen Strompreiszone Deutschlands und Österreichs.*
2. *Überprüfen Sie, inwieweit diese aus Expertensicht derzeit noch Wirkung zeigt.*
3. *Fassen Sie die Pläne der europäischen Regulierungsbehörden zusammen. Benennen Sie die hiermit verfolgten Intentionen.*
4. *Erschließen Sie sich die Reaktion der österreichischen Energieversorgungsunternehmen. Arbeiten Sie deren Interessen und Argumente heraus und bewerten Sie diese.*

3. Artikel: Emissionshandel: Zurück auf Los (03.01.2017)

„Im vergangenen Herbst hatte es für einige Wochen so ausgesehen, als sei für die geplante Reform des europäischen Emissionshandelssystems ein Kompromiss gefunden, mit dem alle Akteure gut leben können. Doch seit der Umweltausschuss des Europäischen Parlaments das Kompromisspaket kurz vor Weihnachten wieder aufgeschnürt und Veränderungen gefordert hat, beginnt die Debatte von vorn. Der Umweltausschuss hatte beschlossen, die jährliche Kürzung der Zertifikatmenge von 2,2 Prozent auf 2,4 Prozent zu erhöhen. Außerdem will der Umweltausschuss 800 Millionen Zertifikate komplett löschen und die kostenlose Zuteilung von Zertifikaten für die Industrie beschneiden. Darüber hinaus sollen Industriebetriebe künftig einen geringeren Ausgleich dafür erhalten, dass der Emissionshandel ihre Stromkosten in die Höhe treibt.“

- Verortung v. a. in den Themenbereichen **„Energiepolitik“**, **„Umweltschutz“** und **„Energemix der Zukunft“**

1. Erklären Sie die generelle Funktionsweise des CO₂-Zertifikatehandels. Legen Sie dar, inwieweit bei diesem ökonomische Anreize für umweltfreundliches Verhalten generiert werden (sollen).
2. Ermitteln Sie die Entwicklung der Zertifikatspreise in den letzten Jahren.
3. Fassen Sie die EU-Pläne aus dem vergangenen Herbst hinsichtlich der Modifikation des Handelssystems zusammen. Erläutern Sie die hiermit verfolgten Zielsetzungen.
4. Geben Sie die nun im Umweltausschuss des Europaparlamentes diskutierten weiteren Änderungen wieder.
5. Erschließen Sie sich, wer von diesen im Wesentlichen betroffen wäre.
6. Analysieren Sie vor diesem Hintergrund die Kontroverse um die Verschärfung der Verteilungsregelungen. Benennen Sie deren Befürworter und Gegner und arbeiten Sie die wesentlichen Konfliktlinien heraus.

4. Artikel/Grafik: Strom sucht Anschluss (05.01.2017)

5. Artikel: Revolution im Netz (25.01.2017)

„Mit der Energiewende wird immer mehr Windstrom im Norden produziert, vor allem von den Offshore-Parks in der Nordsee. Benötigt wird er aber insbesondere von der Industrie im Süden, wo einige Atomkraftwerke vom Netz gehen. Deshalb sollen drei große Nord-Süd-Trassen verlegt werden, um den Strom neu zu verteilen. Mit einer Länge von 800 Kilometern ist Südlink nicht nur die längste Leitung, sondern auch das größte Infrastrukturprojekt der Energiewende überhaupt. Netzbetreiber Tennet nennt die Trasse die „Hauptschlagader der Energiewende“.“

- Verortung v. a. in den Themenbereichen **„Wertschöpfung“**, **„Energiepolitik“**, und **„Energemix der Zukunft“**

1. Erläutern Sie die Bedeutung des Ausbaus großer Stromtrassen im Zusammenhang mit der Energiewende.
2. Fassen Sie die Eckpunkte des Südlink-Projektes zusammen (Verlauf, finanzieller Umfang etc.).
3. Setzen Sie sich mit den Vor- und Nachteilen der Erdverkabelung auseinander.
4. Überprüfen Sie, inwieweit diese das Resultat vorheriger Kontroversen rund um den Trassenbau darstellt.

5. *Analysieren Sie, inwieweit Prognosen hinsichtlich der zukünftigen Netzauslastung schwierig sind. Benennen Sie die hierfür verantwortlichen Gründe.*

6. Artikel/Grafik: Die Sonnenrevolution frisst ihre Kinder (09.01.2017)

7. Artikel/Grafik: Solarworld kämpft ums Überleben (12.01.2017)

„Zwischen 2009 und 2015 sind die Preise für Solarmodule nach Berechnungen der Erneuerbaren-Energien-Agentur Irena um mehr als 80 Prozent gesunken. [...] Markus Faschina von der Förderbank KfW hält den Preissturz bei Solarenergie für einen Segen. Der Wirtschaftsingenieur hat in Tansania und im Senegal als Entwicklungshelfer und Berater gearbeitet. [...] Was zwei Drittel der Staaten Afrikas bei allen Unterschieden eint, ist die desaströse Energieversorgung. [...] Der KfW-Experte ist überzeugt, dass es auch ohne Blackouts und Stromrationierungen geht. Mit Solarenergie würden sich gerade in Afrika Millionen von Menschen mit Strom versorgen lassen, so Faschina.

Während man in Afrika von den Segnungen des Preissturzes bei Solarenergie schwärmt, bekommt man in Europa die Schattenseiten der Entwicklung zu. [...] Die Modulpreise sind [...] drastisch eingebrochen. [...] Die Folge: Deutschlands letzter Photovoltaikkonzern verbrannte allein binnen der ersten neun Monate des vergangenen Geschäftsjahres mehr als 100 Millionen Euro. Jetzt wird das Geld knapp, die Schulden wachsen.“

- Verortung v. a. in den Themenbereichen **„Wertschöpfung“**, **„Rahmenbedingungen der Energiewirtschaft“**, **„Perspektiven der Weltenergieversorgung“** und **„Energimix der Zukunft“**

1. *Fassen Sie die Entwicklung der Preise für Solarmodule in den letzten Jahren und aktuell zusammen. Analysieren Sie, welche Faktoren auf der Angebots- und Nachfrageseite hierauf Einfluss nahmen bzw. nehmen.*
2. *Arbeiten Sie den Status der Energieversorgungssysteme auf dem afrikanischen Kontinent sowie die bestehenden Herausforderungen heraus. Setzen Sie sich dabei mit der Relevanz funktionsfähiger Energieversorgungen in Entwicklungsstaaten auseinander.*
3. *Erläutern Sie die Auswirkungen der Preisentwicklung auf dem afrikanischen Kontinent. Überprüfen Sie, inwieweit sich diese als „Segen“ erweisen könnte.*
4. *Analysieren Sie die Folgewirkungen der Preisentwicklung für den deutschen Produzenten Solarworld. Erschließen Sie sich dessen zukünftige Perspektiven.*

8. Artikel/Grafiken: Das schleichende Ende der Kohle (10.01.2017)

„Der Ausstieg aus der Nutzung von Kohle und Gas zur Stromproduktion geht mit Riesenschritten voran. Das belegen aktuelle Zahlen der Bundesnetzagentur. Allein 2016 registrierte die Bonner Behörde Stilllegungsanzeigen für 19 Kraftwerksblöcke mit einer installierten Leistung von 4.772 Megawatt (MW). Zur Einordnung: Der Wert entspricht der installierten Leistung von fünf Atomkraftwerken. Er lag deutlich über den Zahlen des Vorjahres: 2015 gingen bei der Netzagentur Stilllegungsanzeigen für 3.414 MW ein. Damit wird die Politik von der Realität überholt. „Das Aus für die Kohle kommt von ganz allein, wir brauchen keine zusätzlichen Beschlüsse der Politik“, sagt ein Branchenmanager.“

- Verortung v. a. in den Themenbereichen **„Energiepolitik“**, **„Energie und Makroökonomie“** und **„Energemix der Zukunft“**

1. *Charakterisieren Sie den Energieträger Kohle hinsichtlich der Aspekte Wirtschaftlichkeit, Umweltverträglichkeit und Versorgungssicherheit.*
2. *Überprüfen Sie vor diesem Hintergrund, inwieweit ein Ausstieg aus der Kohle im Hinblick auf den Klimaschutz politisch angestrebt wird.*
3. *Fassen Sie die Entwicklung der Energiegewinnung mithilfe von Kohle in Deutschland in der jüngsten Vergangenheit zusammen.*
4. *Arbeiten Sie heraus, inwieweit hierfür politische Entscheidungen bzw. wirtschaftliche Prozesse verantwortlich sind.*
5. *Analysieren Sie die politische Kontroverse um den „Ausstieg aus der Kohle“. Setzen Sie sich insbesondere mit den ökonomischen und ökologischen Interessenkonflikten auseinander und erörtern Sie auch diesbezügliche Kontroversen zwischen der Bundes- und einigen Landesregierungen.*

9. Artikel: Öffentliche Hand muss Energie sparen (12.01.2017)

„Bund, Länder und Gemeinden müssen künftig in die Energieeffizienz ihrer Gebäude investieren. Das geht aus dem Entwurf von Bundeswirtschaftsministerium und Bundesumweltministerium für das Gebäudeenergiegesetz (GEG) hervor, der dem Handelsblatt vorliegt. Der Entwurf soll im Februar vom Kabinett verabschiedet werden.“

- Verortung v. a. in den Themenbereichen **„Energiepolitik“** und **„Energiesparen“**

1. Erklären Sie den Begriff der Energieeffizienz.
2. Erläutern Sie den Zusammenhang zwischen den Bemühungen der Effizienzstärkung und den grundlegenden Klimaschutzzielen.
3. Fassen Sie vor diesem Hintergrund die Eckpunkte des Entwurfs von Bundeswirtschaftsministerium und Bundesumweltministerium für das Gebäudeenergiegesetz (GEG) zusammen.
4. Analysieren Sie die hinsichtlich der formulierten Zielsetzungen entbrannte Kontroverse.

10. Interview: Peter Reitz (EEX): „Es gibt keinen Mangel an Strom“ (24.01.2016)

Der Chef der Energiebörse EEX nimmt im Interview u. a. Stellung zur Blackout-Angst und den z. T. paradoxen Entwicklungen des Strompreises.

- Verortung v. a. in den Themenbereichen „Angebot/Nachfrage/Preisbildung“ und „Rahmenbedingungen der Energiewirtschaft“

1. Ermitteln Sie auf der Grundlage des Interviews die Stellung und Aufgaben der Strombörse (EEX) im deutschen Markt.
2. Erschließen Sie sich, ggf. auf der Basis weitergehender Recherchen, die Funktionsweise des Stromhandels an der Börse. Benennen Sie u. a. die hieran beteiligten Akteure und beschreiben Sie, wie sich die Kurse bilden.
3. Erläutern Sie die Zusammensetzung des Endstrompreises. Überprüfen Sie in diesem Zusammenhang, weshalb Preisänderungen an den Börsen nur eingeschränkt bei den Endverbrauchern ankommen.
4. Geben Sie die Einschätzungen des Chefs der EEX hinsichtlich drohender Strom-Blackouts wieder.

11. Artikel/Grafik: Peter Terium (Innogy): Die nächste Wende (25.01.2016)

„Peter Terium ist die personifizierte Energiewende. Vor zwei Jahren kämpfte der Niederländer als Chef von Europas größtem CO₂-Emittenten RWE noch energisch gegen die geplante Klimaabgabe für Kohlekraftwerke. Jetzt hat der 53-Jährige gar nichts mehr mit Braun- und Steinkohle zu schaffen. Im Oktober gab er den Vorstandsvorsitz von RWE ab und führt seit dem Börsengang die Innogy SE, in die RWE die Bereiche erneuerbare Energien, Vertrieb und Netze abgespalten hat. Für

Terium ist die Energiewende jetzt also das zentrale Geschäft - und bei seinem ersten Auftritt als Innogy-Chef auf der Handelsblatt-Energietagung appellierte er jetzt entsprechend entschlossen für eine erfolgreiche Umsetzung des „Jahrhundert-Projekts“, wie er es nennt. [...] Der Innogy-Chef macht sich aber Sorgen: „Die Umsetzung der Energiewende verläuft alles andere als geradlinig - vieles wirkt ungesteuert und konfus.“ Noch gebe es keine Antwort, wie das Energiesystem tatsächlich komplett auf erneuerbare Energien umgestellt werden könne. Noch sei unklar, wie teuer der Umstieg letztlich wird.“

- Verortung v. a. in den Themenbereichen **„Wertschöpfung“**, **„Energiepolitik“**, **„Rahmenbedingungen der Energiewirtschaft“** und **„Energemix der Zukunft“**

1. *Legen Sie dar, inwieweit der jüngste Werdegang des Energie-Managers Peter Terium Ausdruck der nationalen Energiewende ist.*
2. *Geben Sie die seiner Meinung nach zentralen Herausforderungen für die Realisierung der Energiewende wieder.*
3. *Erklären Sie, was in diesem Zusammenhang unter dem Begriff der Sektorkopplung verstanden wird. Arbeiten Sie heraus, inwieweit diese auch bereits Thema in der politischen Diskussion ist.*
4. *Erläutern Sie Teriums Einschätzungen bez. der Notwendigkeit eines stärkeren Netzausbaus und verstärkter Bemühungen im Bereich der Digitalisierung.*
5. *Setzen Sie sich mit den Interessen Teriums in seiner Funktion als Unternehmensführer auseinander. Überprüfen Sie hierzu, inwiefern die von ihm an die Politik gerichteten Forderungen auch den Interessen seines eigenen Unternehmens förderlich sind.*

12. Artikel: Kohle vs. Erneuerbare: Neuling kontra Kraftwerksriese (25.01.2016)

„Kein Wind? Keine Sonne? Kein Problem“, so wirbt Klaus Schäfer, Chef des Düsseldorfer Energieriesen Uniper, für den Erhalt seiner Kohle- und Gaskraftwerke. Allein mit Grünstromanlagen würden unsere Wohnungen in frostigen Tagen wie diesen nicht hell und kuschlig warm bleiben, lautet seine Botschaft. [...] „Wir sind Wegbereiter der Energiewende.“ Ohne fossile Energien und Firmen wie Uniper werde der Übergang ins Ökostromzeitalter nicht gelingen. Worte, bei denen Philipp Schröder schmunzelt. Wenn er Schäfer zuhört, fühlt sich der Geschäftsführer des Allgäuer Batteriespeicherherstellers Sonnen GmbH „ein bisschen an die Verteidigungsreden auf den Dieselmotor erinnert“. Schröder bestreitet nicht, dass künftig noch das eine oder andere fossile Reservekraftwerk in Deutschland gebraucht wird, um die

schwankende Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien auszubalancieren. „Es werden aber deutlich weniger grundlastfähige Kraftwerke vonnöten sein, als Sie glauben“, sagt der 33-jährige Manager in Richtung seines Kontrahenten. [...] Mit Sonnen will Schröder Konzerne wie Uniper nun frontal angreifen und mit einem Verbund an Grünstromanlagen vom Markt fegen.“

- Verortung v. a. in den Themenbereichen **„Wertschöpfung“**, **„Energiepolitik“** und **„Energemix der Zukunft“**

1. *Erschließen Sie sich die Tätigkeitsbereiche der beiden Manager sowie die Charakteristika der von ihnen vertretenen Unternehmen.*
2. *Ermitteln Sie die wesentlichen Unterschiede der von ihnen vertretenen Geschäftsmodelle.*
3. *Fassen Sie die Bewertungen der Zukunft konventioneller Kraftwerke der beiden Unternehmensvertreter zusammen. Erläutern Sie die zutage tretenden Konfliktlinien.*
4. *Erörtern Sie vor diesem Hintergrund die weiterhin bestehenden Herausforderungen hinsichtlich der Realisierung der Energiewende.*

Städte machen RWE Druck

5 *Mehr als ein Jahrhundert lang bestimmten die kommunalen Aktionäre die Geschicke des Energiekonzerns. Bleibt die Dividende weiter aus, könnte die Macht jetzt aber zerfallen.*

Am 17. Februar 2016 war das Ruhrgebiet in Aufruhr. Der Energiekonzern RWE, an dem viele Städte und Gemeinden seit Jahrzehnten beteiligt sind, überraschte mit einer Mitteilung, die zunächst recht harmlos daherkam: „RWE stellt Weichen für
10 Erfolgskurs in schwerem Marktumfeld“, war die Nachricht betitelt. Aber entweder ließ die Kommunikationsabteilung sämtliches Fingerspitzengefühl vermissen - oder sie wollte einen ganz eigenen Sinn für Humor beweisen. Mit der irreführenden Überschrift verkaufte RWE hohe Abschreibungen, einen Nettoverlust - und vor allem die Ankündigung, den Stammaktionären die Dividende für 2015 komplett zu
15 streichen. Für die Bürgermeister und Kämmerer der kommunalen Aktionäre an Rhein und Ruhr war die Mitteilung jedenfalls Hohn und Schock zu gleich. Mit einer Kürzung der Dividende hatten sie ja gerechnet, aber nicht mit einem Totalausfall. Das war ein Tabubruch. Seit den 1950er-Jahren konnten sich die kommunalen Aktionäre, die noch immer gut 20 Prozent der Anteile an dem Energiekonzern halten, auf eine
20 stabile Dividende verlassen. Jetzt fehlten auf einen Schlag 150 Millionen Euro in den ohnehin klammen Kassen.

Für 2016 wollen die kommunalen Aktionäre keine weitere Nullrunde akzeptieren. „Wir erwarten, dass RWE im kommenden Jahr wieder eine Dividende ausschüttet“,
25 stellte Guntram Pehlke, Vorstandschef des Dortmunder Versorgers DSW21, gegenüber dem Handelsblatt klar. Die Dortmunder Stadtwerke halten mit fast 24 Millionen Aktien rund vier Prozent der RWE-Anteile und sind damit der größte kommunale Einzelaktionär. Und auch Uwe Bonan, Kämmerer von Mülheim an der Ruhr, geht davon aus, „dass die RWE AG die Dividendenzahlung wieder aufnimmt“.
30 Der einflussreiche Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL) erwartet ebenfalls, „dass die RWE AG für das Geschäftsjahr 2016 die Dividendenzahlung wieder aufnimmt“. Man sei sich der schwierigen Lage des Unternehmens zwar bewusst, „hätte aber kein Verständnis für eine dauerhafte Streichung der Dividende“. Der
35 Verband kommunaler Aktionäre (VKA) hält sich zwar in der Öffentlichkeit noch zurück. Im Hintergrund machen die Vertreter nach Informationen des Handelsblatts aber auch schon gewaltig Druck auf das RWE-Management.

RWE soll ein Signal setzen Für die kommunalen Aktionäre steht schließlich viel auf dem Spiel. Zum einen hatten die Kämmerer in ihren mittelfristigen Planungen die
40 Überweisungen von RWE fest eingeplant. Zum anderen könnte die kommunale Beteiligung weiter abbröckeln, wenn die Ausschüttung längerfristig ausfällt. Viele Bürgermeister stehen ohnehin in den Stadträten unter Druck, die RWE-Aktien zu verkaufen. Ohne Dividende fehlt ihnen ihr wichtigstes Argument. Die kommunale Holding RW Energie-Beteiligungsgesellschaft (RWEB), in der sich bislang die
45 treuesten Aktionäre zu einem Block mit 15 Prozent verbündet haben, löst sich bereits auf.

50 „Für einige Kommunen wäre eine weitere Nullrunde nur schwer zu verkraften“, sagt DSW21-Chef Pehlke. „Es geht aber auch darum, dass RWE ein Signal gibt.“ Der Konzern müsse zeigen, dass es wieder aufwärtsgehe. „Die kommunalen Aktionäre kommen sonst in Erklärungsnot, was das Engagement bei RWE angeht“, erklärt der Stadtwerke-Chef. Mülheims Kämmerer Bonan hat sogar schon konkrete Vorstellungen. Für das Geschäftsjahr 2016 erwartet er eine Dividende in Höhe von rund 0,30 Euro je Aktie. Das wäre zwar deutlich weniger als im vorletzten Jahr, als 55 RWE noch einen Euro je Aktie ausschüttete - aber eben das erhoffte Signal.

RWE selbst lehnt bisher eine klare Festlegung ab. „Begehrlichkeiten sind immer da. Wir werden dazu zu gegebener Zeit Stellung beziehen“, stellte der neue Vorstandschef Rolf Martin Schmitz jüngst im Gespräch mit dem Handelsblatt klar. Und eine 60 Sprecherin des Energiekonzerns bekräftigte jetzt, dass noch keine Entscheidung zur Dividende gefallen sei. RWE will sich dazu - wie üblich - erst nach Abschluss der Bilanz äußern. Tatsächlich ist der Konzern noch immer ein Sanierungsfall. Die Kohle- und Gaskraftwerke, mit denen RWE jahrelang satte Gewinne erwirtschaftete und die üppigen Dividenden finanzieren konnte, leiden unter der Energiewende. In den ersten 65 neun Monaten konnte sich Deutschlands größter Stromproduzent nur äußerst knapp in der Gewinnzone halten. Dabei lasten Nettoschulden von mehr als 27 Milliarden Euro auf dem Unternehmen. Und jetzt muss RWE auch noch knapp sieben Milliarden Euro organisieren, um die Verantwortung für die Entsorgung des Atommülls an den geplanten öffentlich-rechtlichen Atomfonds abzugeben.

70 „An der Lage von RWE hat sich zwar nicht viel geändert“, räumt Pehlke ein. Die Perspektiven für die Kraftwerke seien nach wie vor schlecht. Er verweist jedoch auf den erfolgreichen Börsengang der abgespaltenen Ökostrom-Tochter Innogy. „RWE hat mehr eingenommen, als viele im Vorfeld erwartet haben - der Spielraum, um eine 75 Dividende auszuschütten, ist größer geworden.“ RWE hatte im Frühjahr das Geschäft mit erneuerbaren Energien, Vertrieb und Netzen in das neue Unternehmen Innogy ausgegliedert und im vergangenen Oktober 23 Prozent der Anteile an der Börse platziert. Die Aktien wurden dabei zum Höchstpreis abgenommen. Innogy nahm durch eine Kapitalerhöhung zwei Milliarden Euro ein und darf damit Investitionen 80 finanzieren. RWE selbst erzielte 2,6 Milliarden Euro, stärkte damit die angespannte Bilanz - und weckt jetzt bei den kommunalen Aktionären eben Begehrlichkeiten.

„Wir brauchen die Dividenden, um unsere Mitglieder beisammenzuhalten“, heißt es aus dem Verband kommunaler RWE-Aktionäre (VKA), „es gibt 85 Auflösungstendenzen.“ Die Kommunen an Rhein und Ruhr haben die Geschicke des Energiekonzerns seit 1898 mitgeprägt, als die Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk AG gegründet wurde. Aktuell sind noch gut 20 Prozent der Anteile im Besitz der kommunalen Aktionäre - vor zehn Jahren war es noch ein Drittel. Selbst bei den aktuell niedrigen Kursen trennen sich Städte und Gemeinden von Anteilen. 90 Der Stadtrat von Bochum beschloss im September, die 6,6 Millionen RWE-Aktien in drei Tranchen zu je 2,2 Millionen Aktien zu veräußern. Der Beschluss wurde unter anderem mit dem Ausfall der Dividende begründet. Im November entschied sich die Stadt Bottrop, ihre gut 500 000 Aktien zu verkaufen. In vielen anderen Städten werden ähnliche Debatten geführt. Im Kreis Steinfurt wurde erst in den vergangenen 95 Wochen ein entsprechender Antrag abgelehnt.

Selbst der harte Kern zerfällt. Dutzende einflussreiche Kommunen aus dem Rheinland und aus Westfalen haben ihre Anteile über mehrere Zwischenholdings in der RW Energie-Beteiligungsgesellschaft (RWEB) gebündelt. Das Ziel: Gemeinsam kamen sie so über einen Anteil von 15 Prozent, der den Beteiligten Steuerprivilegien einbrachte. Gleichzeitig sollte die komplizierte Schachtelbeteiligung vermeiden, dass einzelne Städte aus Finanznot kurzfristig ihre Anteile verkaufen konnten. Daran hatten vor allem die großen Aktionäre wie Dortmund oder Essen ein Interesse. Jahrelang wurde die Schwelle deshalb eisern verteidigt, immer wenn ein Mitglied Aktien verkaufte, stockten andere auf. Vor wenigen Wochen wurde die 15-Prozent-Marke aber offenbar schon unterschritten, wie ein Vertreter der kommunalen Aktionäre berichtet - und das dürfte seiner Meinung auch erst der Anfang sein: Die RW Energie-Beteiligungsgesellschaft sei in Auflösung und die Schachtel von 15 Prozent nicht mehr zu halten.

Beispiel Westfalen: Hier haben die drei großen Aktionäre Dortmund, Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL) und Hochsauerlandkreis ihre Anteile in der Kommunale Energie-Beteiligungsgesellschaft (KEB) gebündelt, die wiederum an der RWEB beteiligt ist. LWL und Hochsauerlandkreis drängen aber auf mehr Flexibilität und haben eine Satzungsänderung für die KEB durchgesetzt: Die Kündigungsfrist wird bald von einem Jahr auf drei Monate verkürzt. Im Klartext heißt das: Wenn LWL oder Hochsauerlandkreis ihre Aktien verkaufen wollen, werden sie von der Schachtelkonstruktion nicht mehr daran gehindert. Aktuell gibt es zwar keine Beschlüsse. Die beiden Aktionäre wollen zunächst nur mehr Flexibilität. Letztlich werde damit aber der Verkauf vorbereitet, unkt ein Vertreter der kommunalen Aktionäre.

Zumindest der LWL plant mittelfristig auch schon den kompletten Ausstieg aus der komplizierten Schachtelkonstruktion. Der Landschaftsverband wolle die „unmittelbare Handlungsfähigkeit“ bei seinem RWE-Engagement zurückerlangen, erklärte ein Sprecher. Deshalb setze sich der LWL dafür ein, „dass die mittelbaren Beteiligungen an den RWE-Beteiligungsgesellschaften aufgegeben werden und der RWE-Aktienbesitz möglichst wieder unmittelbar in der Sphäre des LWL konzentriert wird“. Ob der LWL im nächsten Schritt die Aktien verkauft, hängt unter anderem von der Strategie des neuen Vorstands ab.

In Kreisen des VKA, des Verbands der kommunalen Aktionäre, wird versucht, die Entwicklung herunterzuspielen. Die Schachtel habe eben ihre Bedeutung verloren. Die meisten kommunalen Aktionäre könnten Steuern auf die RWE-Dividenden auch auf anderem Weg vermeiden - beispielsweise indem sie diese mit den Verlusten aus dem Öffentlichen Personennahverkehr verrechnen. Und überhaupt: Wenn keine Dividende gezahlt werde, habe die Schachtelbeteiligung diesen Sinn eben verloren.

Für die Städte und Gemeinden, die RWE treu bleiben und einen möglichst großen Kreis an kommunalen Aktionären erhalten wollen, ist das ein Grund mehr, jetzt wieder eine Dividende einzufordern. „RWE muss signalisieren, dass die Talsohle durchschritten ist“, fordert DSW21-Chef Pehlke.

Ankeraktionär

145

Tradition Schon kurz nach der Gründung der Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerk AG im Jahr 1898 beteiligten sich die Städte Essen, Mülheim und Gelsenkirchen. Nach und nach kamen weitere Kommunen dazu.

150

Vorteil RWE pflegte stets eine enge Partnerschaft mit den kommunalen Aktionären, die auch Geschäftspartner sind. RWE betreibt in vielen Städten die Netze und verkauft den Strom an die örtlichen Stadtwerke. Die kommunalen Aktionäre gelten auch als Schutz gegen Übernahmen.

155

Nachteil Bei anderen Aktionären stößt das Engagement der Kommunen regelmäßig auf Kritik. Sie werfen den Vertretern der Kommunen vor, im Aufsichtsrat die eigenen Standortinteressen voranzustellen. Regelmäßig gab es auch Streit um Umstrukturierungen.

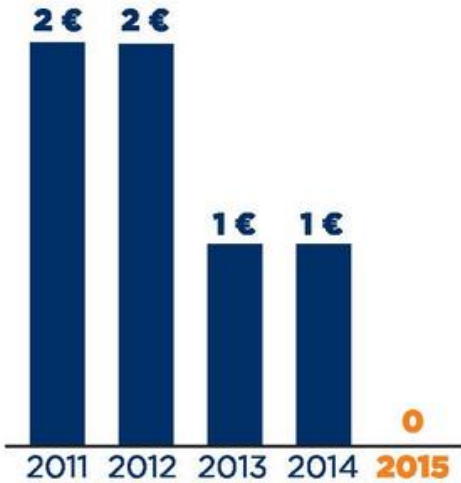
160

Ausstieg Nach und nach steigen kommunale Aktionäre bei RWE aus. Vor einigen Jahren nutzten Städte wie Düsseldorf die hohen Kurse, jetzt treibt die Dividendenpolitik die Kommunen aus dem Unternehmen.

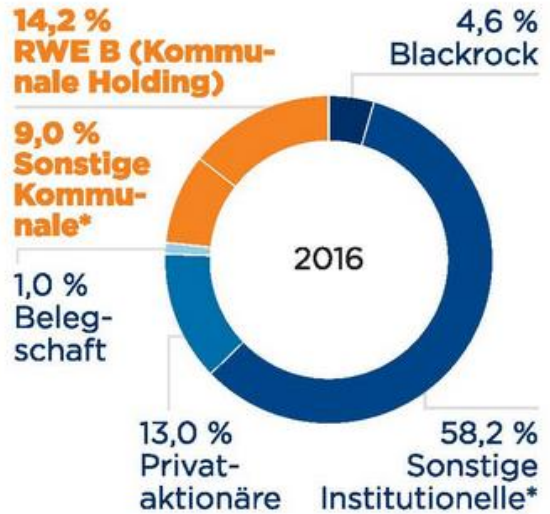
Quelle: Flauger, J., Handelsblatt, Nr. 252, 29.12.2016, 4

RWE enttäuscht die Aktionäre

Dividende je Stammaktie für das jeweilige Geschäftsjahr



Anteilseigner in Prozent



Aktienkurs in Euro



HANDELSBLATT *geschätzt // **Quellen:** Unternehmen, eigene Recherche, Bloomberg
 Handelsblatt Nr. 252 vom 29.12.2016
 © Handelsblatt GmbH. Alle Rechte vorbehalten.
 Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@vhb.de.

Österreich fürchtet höhere Stromkosten

Energiekonzerne wollen die von der EU verbotene gemeinsame Preiszone mit Deutschland vor Gericht verteidigen.

5

Die Energiebranche in Österreich pocht darauf, die gemeinsame Strompreiszone mit Deutschland fortzusetzen. Nachdem die europäische Energieregulierungsbehörde ACER entschieden hat, die einheitliche Strompreiszone zwischen Deutschland und Österreich zu trennen, geht die Energiewirtschaft im Alpenland nun auf die
10 Barrikaden. Der Grund: Die Österreicher fürchten erhebliche Nachteile, beispielsweise deutlich höhere Strompreise.

„Das Ende der Strompreiszone mit Deutschland ist für den Markt ein fatales Signal. Es ist ein Rückschritt auf dem Weg zu einer europäischen Energieunion“, sagte
15 Wolfgang Anzengruber, Vorstandschef des Energiekonzerns Verbund, dem Handelsblatt. „Wir manövrieren uns mit dem Ende einer Strompreiszone in eine Lose-lose-Situation. Das wollen wir unbedingt verhindern“, erklärte Anzengruber.

Der Chef von Österreichs größtem Stromkonzern will zusammen mit anderen
20 Energieversorgern notfalls bis vor den Europäischen Gerichtshof ziehen. „In Österreich werden wir alle rechtlichen Mittel ausschöpfen. Sollten unsere Einsprüche bei der Europäischen Energieaufsichtsbehörde ACER scheitern, gehen wir zum Europäischen Gerichtshof nach Luxemburg“, sagte der langjährige Verbund-Chef. „Wir würden jedoch eine konstruktive, außergerichtliche Lösung begrüßen.“ Nach
25 einem Kompromiss mit dem europäischen Regulator sieht es derzeit aber nicht aus.

Das liegt nicht zuletzt daran, dass aus der Sicht der deutschen Bundesnetzagentur die Strompreiszone zwischen Deutschland und Österreich ohnehin nur noch eine Illusion
30 ist. „Die Vorstellung der gemeinsamen Preiszone ist in Europa eine Ausnahme“, sagte Jochen Homann, Präsident der Bundesnetzagentur, jüngst in Wien. „Wir haben einen unbeschränkten Handel bei beschränkten Transportmöglichkeiten.“ Homann argumentiert, dass zurzeit mehr Strom gehandelt wird als physikalisch überhaupt weitergeleitet werden kann. Nach den Prognosen der Bonner Behörde wird diese
35 Ungleichheit auch in den nächsten Jahren bestehen bleiben. Die Folge: Bei den deutschen Netzbetreibern fallen hohe Kosten an, um die Ungleichgewichte auszubalancieren. Die Bundesnetzagentur hatte im Herbst die vier großen heimischen Netzbetreiber angewiesen, Vorbereitungen zur Engpassbewirtschaftung zu treffen, die ab Mitte 2018 greifen sollen.

Ungeachtet davon bestehen die Österreicher weiter auf der gemeinsame Preiszone. Sie
40 haben eine Armee von Beratern und Juristen in diesem Strompreiskrieg aktiviert. Denn sie befürchten nach dem Ende der gemeinsamen Preiszone mit Deutschland gravierende Nachteile. „Das Ende der Strompreiszone könnte den Strom um zwei bis vier Euro pro Megawattstunde erhöhen. Das würde einer Verteuerung
45 von acht bis 14 Prozent entsprechen“, prognostiziert Verbund-Chef Anzengruber. Eine solche Preissteigerung wäre eine enorme Belastung für den Wirtschaftsstandort Österreich, der unter schwachem Wachstum leidet. „Diese Beschädigung können wir

nicht akzeptieren“, warnte Anzengruber, der neben seinem Job beim Verbund auch der oberste Repräsentant der österreichischen Stromwirtschaft ist.

50

Politische Rückendeckung ist dem Manager gewiss. Der Verbund-Konzern befindet sich mehrheitlich im Besitz des österreichischen Staates. Es kommt daher nicht ganz überraschend, dass auch Reinhold Mitterlehner, Österreichs Vizekanzler und Wirtschaftsminister, die Trennung der Strompreiszone verhindern will. Auf der Handelsblatt-Energietagung in Wien sagte der ÖVP-Politiker kürzlich, dass die Regierung alle Rechtsmittel gegen ein Ende der deutsch-österreichischen Strompreiszone ergreifen werde.

55

Die Verzahnung zwischen Deutschland und Österreich ist traditionell eng. Schließlich sind die ersten Verträge mit Deutschland mehr als 60 Jahre alt. Können sich die Österreicher im Strompreiskrieg nicht durchsetzen, bekommen Heerscharen von Juristen viel Arbeit. „Kommt es zum Ende der Strompreiszone müssen wir auch Staatsverträge für die gemeinsamen Kraftwerke in der Grenzregion auflösen“, unkte Anzengruber. Um die Versorgungssicherheit in Deutschland zu gewährleisten, werden Kraftwerke in Österreich sowie Speicher im Alpenland genützt.

60

65

Ohnehin kann die Trennung der Preiszone aus Sicht der Österreicher nicht das Problem der Netzengpässe lösen. „Die Probleme kriegt man damit nicht in Griff“, sagte Anzengruber. Denn in Deutschland fehlen weiterhin Stromtrassen zwischen Nord- und Süddeutschland.

70

Die österreichische Energiewirtschaft unterstütze einen raschen Netzausbau in Deutschland. Die großen Leitungen zwischen Nord- und Süddeutschland sollen laut Bundesnetzagentur bis 2025 fertiggestellt werden. Um die Zeit bis dahin zu überbrücken, sollten gemeinsam die Netzreserven genutzt werden. Grundsätzlich sei Österreich in der Lage, fast jeden Engpass Richtung Deutschland zu bewirtschaften, sagte Peter Layr, Chef des zweitgrößten österreichischen Stromkonzerns EVN.

75

Quelle: Siebenhaar, H.-P., Handelsblatt, Nr. 001, 02.01.2017, 16

Emissionshandel: Zurück auf Los

5 *Die Reform des Emissionshandels schien schon unter Dach und Fach zu sein. Doch nun hat der Umweltausschuss des Europaparlaments das Kompromisspaket wieder aufgeschnürt.*

10 Im vergangenen Herbst hatte es für einige Wochen so ausgesehen, als sei für die geplante Reform des europäischen Emissionshandelssystems ein Kompromiss gefunden, mit dem alle Akteure gut leben können. Doch seit der Umweltausschuss des Europäischen Parlaments das Kompromisspaket kurz vor Weihnachten wieder aufgeschnürt und Veränderungen gefordert hat, beginnt die Debatte von vorn. Der Umweltausschuss hatte beschlossen, die jährliche Kürzung der Zertifikatmenge von 15 2,2 Prozent auf 2,4 Prozent zu erhöhen. Außerdem will der Umweltausschuss 800 Millionen Zertifikate komplett löschen und die kostenlose Zuteilung von Zertifikaten für die Industrie beschneiden. Darüber hinaus sollen Industriebetriebe künftig einen geringeren Ausgleich dafür erhalten, dass der Emissionshandel ihre Stromkosten in die Höhe treibt.

20 „Energieintensive Unternehmen haben in Deutschland und Europa ohnehin keinen Rückenwind im globalen Wettbewerb. Der Vorstoß des Umweltausschusses setzt jetzt noch einen drauf“, sagte Michael Fuchs (CDU), Fraktionsvize der Union im Bundestag, dem Handelsblatt. „Eine faktische Bestrafung auch der effizientesten und damit klimafreundlichsten Unternehmen wird weitere Produktionsverlagerungen in andere Teile der Welt nach sich ziehen. Die Chinesen, Amerikaner und Inder freut es, dem Klima bringt es gar nichts“, warnte Fuchs. Die EU-Umweltminister haben sich 25 bislang nicht zu dem Vorstoß des Umweltausschusses positioniert. Bei ihrem Treffen kurz vor Weihnachten fanden sie keine gemeinsame Position. Ihr nächstes Treffen findet im Februar statt. Das Europäische Parlament wird voraussichtlich im Februar über die Forderungen des Umweltausschusses abstimmen.

30 „Die Beschlüsse des Umweltausschusses sind ein Rückschritt. Wir müssen jetzt wieder Diskussionen führen, die wir bereits für erledigt hielten“, sagte ein Industrievertreter. „Wenn selbst unsere effizientesten Anlagen Kostenbelastungen erleiden, nützt das allein außereuropäischen Herstellern mit einer wesentlich schlechteren CO₂ - Bilanz“, sagte Hans Jürgen Kerkhoff, Präsident der 35 Wirtschaftsvereinigung Stahl, dem Handelsblatt. Das Plenum des Europaparlaments und der Rat stünden in der Verantwortung, wenn sie nicht die industrielle Basis der EU gefährden wollten.

40 Der Emissionshandel ist das zentrale Element der EU, um in den Sektoren Industrie und Energie die CO₂ - Emissionen zu reduzieren. Alle zur Teilnahme verpflichteten Anlagenbetreiber müssen für jede emittierte Tonne CO₂ ein Zertifikat nachweisen. Die Menge an Zertifikaten wird Jahr für Jahr gekürzt. Das System soll Anreize schaffen, Energie effizient einzusetzen. Die jetzt diskutierte Reform des 45 Emissionshandels betrifft die Zeit von 2021 bis 2030. Ein Ziel der Reform ist es, dem Emissionshandelssystem zu einer stärkeren Lenkungswirkung zu verhelfen. Seit Jahren sind die Zertifikatepreise so niedrig, dass das System keine spürbaren Anreize für Effizienzverbesserungen gibt. Der Verfall der Preise hat verschiedene Ursachen.

50 Einerseits haben viele Unternehmen in schlechten Zeiten Zertifikate gehortet. Sie
müssen heute nur wenige Zertifikate nachkaufen. Das drückt die Preise. Außerdem
werden durch den rasanten Ausbau erneuerbarer Energien fossil befeuerte Kraftwerke
aus dem Markt gedrängt. Das senkt den Bedarf an Zertifikaten und lässt die Preise
fallen. Zur Teilnahme am Emissionshandel verpflichtet sind mehr als 11 000
55 energieintensive Anlagen, also Kraftwerke und Fabriken, aus allen 28 EU-Staaten
sowie Island, Norwegen und Liechtenstein. Sie stehen für 45 Prozent aller CO₂ -
Emissionen in Europa.

Vier Stellschrauben sind für die Industrie entscheidend: Wie viele Zertifikate
60 bekommen die im internationalen Wettbewerb stehenden Unternehmen künftig
kostenlos zugeteilt? Um welchen Wert wird die zugeteilte Zertifikatenumenge Jahr für
Jahr gekürzt, um die gewünschte Emissionsreduktion zu erzielen? An welchen
Benchmarks orientiert sich die Zuteilung der Zertifikate? Und gibt es eine
ausreichende Kompensation für die indirekten Kosten des Emissionshandels? Die
65 indirekten Kosten spiegeln sich in höheren Strompreisen wider: Die Energiebranche
muss im Gegensatz zur Industrie alle Zertifikate kaufen, was die Strompreise in die
Höhe treibt. Große Stromverbraucher in der europäischen Industrie haben daher
Kosten, die Konkurrenten außerhalb Europas nicht kennen. Dafür bekommen sie eine
Kompensation.

70 In allen Punkten droht aus Sicht der Industrie nach den Beschlüssen des
Umweltausschusses Ungemach. Die chemische Industrie werde „weniger kostenlose
Zertifikate erhalten, die Kosten einzelner Betriebe könnten deutlich steigen“, sagte
Utz Tillmann, Hauptgeschäftsführer des Verbands der Chemischen Industrie (VCI),
dem Handelsblatt. „Ich kann nur hoffen, dass das Plenum und der Rat am Ende
75 Regelungen schaffen, mit denen Betriebe in Europa wettbewerbsfähig bleiben
können“, sagte Tillmann. „Sonst vertreiben wir über den Emissionshandel Produktion
aus Europa“, warnte der VCI-Hauptgeschäftsführer. In anderen Branchen sorgt man
sich besonders wegen drohender Einschnitte bei der Strompreiskosten-Kompensation.
Eine Reduzierung der Kompensation könne nur dann sinnvoll sein, wenn es einen
80 internationalen Preis für CO₂ gebe, heißt es bei der Wirtschaftsvereinigung Metalle
(WVM). Das ist aber derzeit nicht der Fall. „Nur mit Hilfe einer angemessenen
Strompreiskompensation kann es uns gelingen, die Wettbewerbsfähigkeit der
europäischen Metallindustrie zu erhalten“, sagte WVM-Präsident Martin Iffert. In der
85 WVM sind beispielsweise die Aluminiumhütten organisiert. Sie gehören zu den
größten Stromverbrauchern der Republik. Die Stahlbranche warnt, die
Benchmarks, Richtwerte, an denen sich die Zuteilung kostenloser Zertifikate bemisst,
müssten dringend geändert werden. Sie seien zum Teil „technisch nicht erreichbar“. Die
Richtwerte werden außerdem Jahr für Jahr verschärft. Außerdem führe die vom
Umweltausschuss geforderte Anhebung der jährlichen Zertifikatekürzung von 2,2
90 Prozent auf 2,4 Prozent zu zusätzlichen Kosten, warnt die Stahlbranche.

Die Bundesregierung gibt sich gelassen. Die Abstimmungsprozesse seien noch im
Gange, heißt es in Regierungskreisen.

95 *Quelle: Stratmann, K., Handelsblatt, Nr. 002, 03.01.2017, 10*

Strom sucht Anschluss

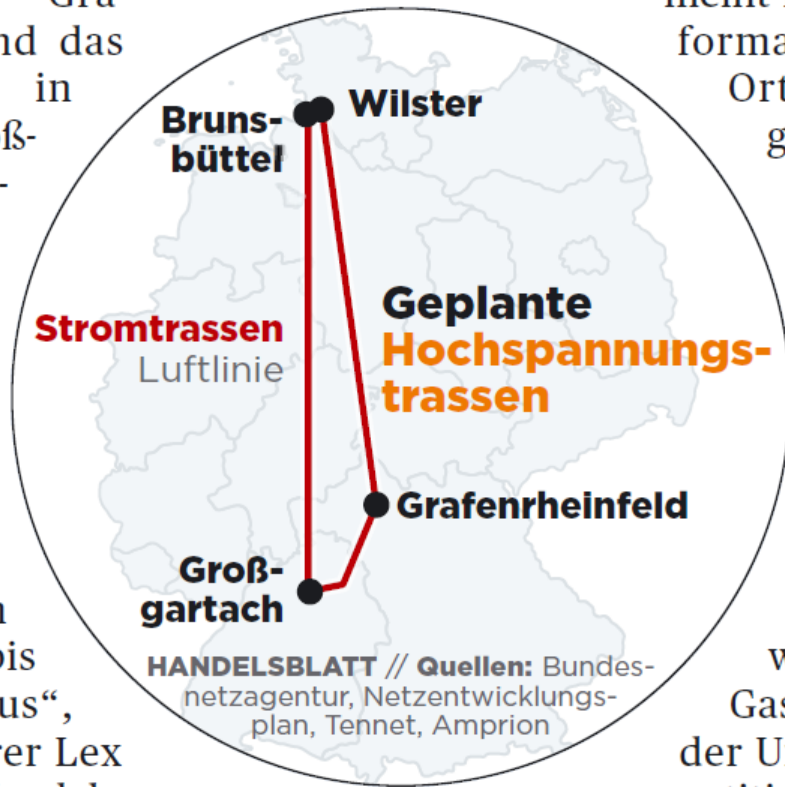
Beratungsgesellschaft ILF plant den Bau der neuen Stromautobahn.

- 5 Die Ingenieure der Planungsgesellschaft ILF haben schon viele schwierige Projekte gestemmt. Egal, ob es um eine Pipeline in Belutschistan geht, Solaranlagen im Senegal oder Flughäfen in Kasachstan: Gründer Adolf Feizlmayr und seine Kollegen wagen sich seit fünf Jahrzehnten in die entlegensten Winkel der Welt. Nun steht zur Abwechslung ein Projekt in der Heimat an, das aber nicht weniger anspruchsvoll ist:
- 10 ILF hat die Federführung bei der Planung der neuen Stromtrasse Suedlink übernommen, die Windstrom aus dem Norden nach Bayern bringen soll. Die größte Herausforderung dabei: Ein großer Teil soll als Erdkabel unterirdisch verlegt werden. „Auf solche Entfernungen hat das weltweit noch niemand gemacht“, sagt Feizlmayr. Die Planung ist komplex. Ein Beispiel: Die Kabel, die den Gleichstrom mit
- 15 Höchstspannung transportieren, erwärmen sich. Es muss genau geprüft werden, welche Auswirkungen das auf die Umwelt hat. Daher sind auch Spezialisten wie das Ingenieurbüro für Umwelt und Energie sowie die Gesellschaft für Freilandökologie und Naturschutzplanung an der Arbeitsgemeinschaft, der Arge Suedlink, beteiligt.
- 20 Mit der Energiewende wird immer mehr Windstrom im Norden produziert, vor allem von den Offshore-Parks in der Nordsee. Benötigt wird er aber insbesondere von der Industrie im Süden, wo einige Atomkraftwerke vom Netz gehen. Deshalb sollen drei große Nord-Süd-Trassen verlegt werden, um den Strom neu zu verteilen. Mit einer Länge von 800 Kilometern ist Suedlink nicht nur die längste Leitung, sondern auch das
- 25 größte Infrastrukturprojekt der Energiewende überhaupt. Netzbetreiber Tennet nennt die Trasse die „Hauptschlagader der Energiewende“. Geplant sind zwei Teile: eines von Wilster in Schleswig-Holstein nach Grafenrheinfeld in Bayern und das zweite von Brunsbüttel in Schleswig-Holstein nach Großgartach in Baden-Württemberg.
- 30 Tennet und Projektpartner TransnetBW müssen Milliarden investieren. Nachdem Bürgerinitiativen eine vorrangige Erdverkabelung durchgesetzt haben, wird es noch teurer. „Wir gehen bei Suedlink von Zusatzkosten in Höhe von bis zu zehn Milliarden Euro aus“, sagte Tennet-Geschäftsführer Lex Hartman im Sommer dem Handelsblatt. Zudem verzögert sich die Fertigstellung wegen der Umstellung auf Erdkabel um drei
- 35 Jahre bis 2025. Vielleicht schafft es ILF ja, dass es etwas schneller geht. Feizlmayr sieht durchaus Chancen. „Wir prüfen, wie man das schneller machen kann.“ Es gebe viele Gemeinsamkeiten zwischen Pipelines und Erdkabeln, daher könnte die ILF auf viele Erfahrungen zurückgreifen. Eine der wichtigsten Lehren laut Feizlmayr: „Die große Hürde ist die Akzeptanz in der Öffentlichkeit. Beim Pipelinebau im Nigerdelta, den die ILF einmal plante, seien Umweltverträglichkeitsstudien und Transparenz
- 40 genauso wichtig wie beim Trassenbau in Deutschland. Tennet hat sich für eine umfangreiche Beteiligung der Bevölkerung in den mehr als 40 betroffenen Landkreisen entschieden. „Tennet ist früh in die Regionen gegangen“, meint Feizlmayr. Es gab diverse Informationsveranstaltungen vor Ort, mehr als 7 000
- 45 Hinweise gingen bislang ein. Erste Landkreise koordinieren ihr Vorgehen. „Es wäre schön, wenn alle mit einer Stimme sprächen“, sagt der ILF-Gründer.

Quelle: Höpner, A., Handelsblatt, Nr. 004, 05.01.2017, 2

ch Gra-
und das
tel in
Groß-
em-

t-
1
.
1
t-
a-
er.
von
n bis
) aus“,
ihrer Lex
1 Handels-



meint Fe
formatio
Ort, 1
gin
La
V

r
at
wie
Gasb
der Ums
vestition

Revolution im Netz

Lex Hartman hat in seinem Unternehmen mit gleich zwei Herausforderungen zu kämpfen. „Wir haben nicht nur technologische Entwicklungen, die unerwartet sind, sondern auch gesellschaftliche Entwicklungen, die unerwartet sind“, sagte der Geschäftsführer bei der Tennet TSO GmbH, einem der vier großen Übertragungsnetzbetreiber in Deutschland. Hartmann meinte dabei den Atomausstieg.

Der hat nämlich dafür gesorgt, dass Tennet das größte Infrastrukturprojekt im Zuge der Energiewende stemmen muss. Das Unternehmen baut an Sümlink, einer der großen Stromtrassen, die Windstrom aus dem Norden in den Süden transportieren muss, weil dort Atomkraftwerke vom Netz gehen. Sümlink muss über mehr als 800 Kilometer Strom im großen Stil umverteilen. Der Netzausbau kostet Milliarden - und stößt teilweise auf heftigen Widerstand in der Öffentlichkeit.

Aber ist das nicht erst der Anfang? Europa will nach dem neuesten Weltklimaabkommen die CO₂ - Emissionen bis 2050 um gut 80 Prozent reduzieren. Deutschland plant, bis dahin den Anteil der erneuerbaren Energien auf 80 Prozent zu steigern. Ist dafür ein Vielfaches an Stromleitungen nötig?

Tennet hat gemeinsam mit dem Energie-Thinktank Agora in mehreren Szenarien den zusätzlichen Bedarf untersucht - und kam zu einem überraschenden Ergebnis: Wenn beispielsweise noch deutlich mehr Solardächer installiert werden, aber gleichzeitig auch Batterien, könne sich der Netzbedarf sogar verringern, erläuterte Hartman.

Der technologische Fortschritt ist eben eine große Unbekannte in der Energiewirtschaft - nicht zuletzt auch bei den Stromnetzen.

Das gilt vor allem bei den regionalen Verteilnetzen, mit denen Strom von den Übertragungsleitungen zu den Verbrauchern gebracht werden. In der Öffentlichkeit bestimmen die großen Übertragungsleitungen zwar die Debatte. Genauso wichtig für die Energiewende, darin sind sich die Experten einig, sind aber auch die Hunderttausende Kilometer Leitungen, die in den regionalen Verteilnetzen liegen. Hier wird die dezentrale Energieerzeugung gemanagt, die die Energiewende ausmacht. Hier speisen Solardächer, Windräder und Blockheizkraftwerke ihren Strom ein.

Und nach den Worten von Roland Busch verändern sich die Anforderungen und die Steuerung der regionalen Netze radikal: „Es entsteht eine neue Welt mit viel neuer Technologie“, sagte der Chief Technology Officer von Siemens. „Es gibt immer neue Anwendungsmöglichkeiten.“ Strom wird mit den unterschiedlichsten Mitteln gespeichert, Strom wird zunehmend dezentral eingespeist, Elektromobilität kommt dazu. Der Siemens-Manager bietet mit seinem Unternehmen Lösungen an, um das intelligente Netz zu steuern - und ist überzeugt: „Es gibt viele Elemente, die im Energiesystem der Zukunft zusammenkommen.“

Quelle: Flauger, J., Handelsblatt, Nr. 018, 25.01.2017, 15

Die Sonnenrevolution frisst ihre Kinder

5 *Sauber, nachhaltig und billiger als je zuvor: In Ländern wie Marokko ist Solarenergie schon heute die günstigste Energieform. Doch ausgerechnet den Wegbereitern dieser Entwicklung droht das Aus. Eine Reise zu den Gewinnern und Verlierern.*

[...] Zwischen rotem Sand und Geröll entsteht in der Steinwüste Marokkos auf einer Fläche, die etwa 4 200 aneinandergereihten Fußballfeldern entspricht, das größte Solarkraftwerk der Welt. Das Projekt mit dem Namen Noor (Arabisch für „Licht“) wird mehr als 1,3 Millionen Menschen mit grünem Strom versorgen, wenn 2018 alle vier Ausbaustufen fertig sind. Im Königreich Marokko ein Novum. Das Land ist zu 95 Prozent von fossilen Energieträgern abhängig. Doch mit Noor und weiteren Kraftwerken will Marokko vom Energieimporteur zum - exporteur werden und seinen Grünstromanteil schon bis 2020 auf 42 Prozent erhöhen. Staatsoberhaupt Mohammed VI. plant, sich so zum „Sonnenkönig“ Afrikas zu krönen. Und diese Übung dürfte gelingen. Denn noch nie war es so billig, Sonnenlicht in elektrischen Strom umzuwandeln.

20 „Solarenergie wird die günstigste Form der Energieerzeugung werden. In den sonnenreichen Regionen der Erde ist schon heute nichts so günstig wie Solarenergie“, erklärt Henning Wicht. Der Energieexperte bei der Marktforschungsfirma IHS ist alles andere als ein Ökofundamentalist. Ihn interessieren die nackten Zahlen. Und die sehen so aus: Zwischen 2009 und 2015 sind die Preise für Solarmodule nach Berechnungen der Erneuerbaren-Energien-Agentur Irena um mehr als 80 Prozent gesunken. Infolge des Preisverfalls erklärte sich im vergangenen Jahre ein Konsortium rund um den chinesischen Photovoltaikkonzern Jinko Solar bereit, für eine Vergütung von gerade einmal 2,4 Dollarcent pro erzeugte Kilowattstunde ein riesiges Solarkraftwerk in Abu Dhabi zu errichten. Ein Rekordtiefpreis. Zum Vergleich: Bei fossilen Kraftwerken liegen die durchschnittlichen Kosten pro erzeugte Kilowattstunde Strom je nach Region bei etwa 3 bis 6 Dollarcent. Zwar lassen derlei Vergleiche außer Acht, dass Photovoltaik witterungsbedingt schwankt und daher anders als fossile Energieformen nicht zu jeder Tageszeit zur Verfügung steht. Dennoch muss die einst extrem teure Solarenergie längst keinen Kostenvergleich mehr scheuen.

35 Markus Faschina von der Förderbank KfW hält den Preissturz bei Solarenergie für einen Segen. Der Wirtschaftsingenieur hat in Tansania und im Senegal als Entwicklungshelfer und Berater gearbeitet. Er kennt die vielschichtigen Probleme der Länder in der Subsaharazone - von Vetternwirtschaft über Fatalismus bis hin zum völligen Staatsversagen. Was zwei Drittel der Staaten Afrikas allerdings bei allen Unterschieden eint, ist die desaströse Energieversorgung. Laut Weltbank kämpfen von den 54 Staaten des Kontinents 30 mit regelmäßigen bis chronischen Elektrizitätsengpässen. Schlimmer noch: Mehr als 600 Millionen Menschen in Afrika haben überhaupt keinen Zugang zu elektrischem Strom. Ohne Energie gibt es aber auch kein Wachstum. „Eine flächendeckende und funktionierende Stromversorgung ist die Basis für jeden wirtschaftlichen Aufschwung“, sagt Faschina. Der KfW-Experte ist überzeugt, dass es auch ohne Blackouts und Stromrationierungen geht. Mit Solarenergie würden sich gerade in Afrika Millionen von Menschen mit Strom

versorgen lassen, so Faschina. Der marokkanische Kraftwerkskomplex nahe dem Wüstenstädtchen Ouarzazate diene dabei „als Blaupause für die ganze Region“.

50

Die KfW-Bank unterstützt das 2,2 Milliarden Euro teure Projekt mit einem Darlehen in Höhe von 829 Millionen Euro. In der nordafrikanischen Wüste kommen unterschiedliche Solartechnologien zum Einsatz. Neben klassischen Photovoltaikpaneelen setzt Marokko auf Solarthermie. Dabei wird aus der Kraft der Sonne nicht Elektrizität, sondern thermische Energie gewonnen. Sonnenlicht wird absorbiert und gebündelt, um damit etwa Flüssigsalz zu erhitzen. Der dadurch entstehende Dampf treibt eine Turbine an, die wiederum Strom erzeugt. Marokko schwört bei seinem Megakraftwerk auch auf deutsche Technik. So lieferte etwa die bayerische Firma Flabeg die 537 000 Parabolspiegel, die das Licht bündeln; Siemens schickte die Turbine und BASF das flüssige Spezialsalz. Der Vorteil bei Solarthermie liegt auf der Hand: Die grüne Energie wird regelbar und kann bis zu sieben Stunden gespeichert werden. Der Nachteil: Die Methode ist teils bis zu viermal teurer als Photovoltaik.

55

60

65

In Ländern wie Marokko rechnet sich Solarthermie trotzdem. „Die Bedingungen hier in der Wüste sind ideal“, sagt Projektberater Alexander Stryk. Der Grund: In Nordafrika ist die Sonneneinstrahlung mit etwa 2 500 Kilowattstunden jährlich pro Quadratmeter mehr als doppelt so hoch wie in Deutschland. Und in Afrika sind anders als in Europa nicht hochmoderne Gas- oder Kohlekraftwerke der Vergleichsmaßstab bei den Kosten, sondern enorm teure Diesellgeneratoren.

70

Während man in Afrika von den Segnungen des Preissturzes bei Solarenergie schwärmt, bekommt man in Europa die Schattenseiten der Entwicklung zu spüren - etwa in Bonn. Dort residiert Frank Asbeck, Deutschlands Sonnenkönig. Der Gründer und Chef von Solarworld zählt zu den Wegbereitern der Sonnenrevolution. Nun wird sie ihm allerdings zum Verhängnis. Die Modulpreise sind so drastisch eingebrochen, dass Solarworld nicht mehr wettbewerbsfähig ist. Der Weltmarktpreis für polykristalline Solarpaneele liegt laut der Marktforschungsfirma PV Insights derzeit bei 0,34 Euro pro Watt. Solarworlds Produktionskosten betragen nach Berechnungen von Warburg Research aber etwa 0,46 Euro pro Watt. Die Folge: Deutschlands letzter Photovoltaikkonzern verbrannte allein binnen der ersten neun Monate des vergangenen Geschäftsjahres mehr als 100 Millionen Euro. Jetzt wird das Geld knapp, die Schulden wachsen.

75

80

85

„Mehr als einmal haben wir bewiesen, dass wir erfolgreich kämpfen können“, sprach sich Solarworld-Chef Asbeck zuletzt Mut zu. Doch in Erwartung auf weiterhin fallende Modulpreise zögern Kunden ihre Solarprojekte vielfach immer noch hinaus. Die Lager der Modulhersteller sind rappellvoll - gerade in China. Seit Monaten überschwemmen Anbieter aus dem Reich der Mitte den Weltmarkt mit ihren Modulen. Asbeck macht dies für seine Misere verantwortlich. Dabei versuchen die Chinesen nichts anderes als Solarworld - irgendwie zu überleben.

90

In China ist die Nachfrage nach Solarmodulen massiv eingebrochen. Zuvor erlebte die Branche einen beispiellosen Boom. Die Zentralregierung in Peking forderte die Provinzen im ganzen Land auf, regenerative Energien zu unterstützen. Und sie

95

gehorchten. Überall in der Volksrepublik stützten Provinzregierungen den Aufbau lokaler Solarunternehmen mit üppigen Zuschüssen und Steuernachlässen. Doch bereits vor zwei Jahren war die Feierlaune vorbei. „Die Produktion hatte die Nachfrage in China weit überschritten“, sagt Li Shuo von Greenpeace in Peking. 100 Einen Teil der Überkapazitäten exportierten sie. Gleichzeitig gingen einige Firmen pleite.

Jetzt dürfte sich die Krise weiter verschärfen. Denn mit Jahresbeginn hat die nationale Energiebehörde das Ausbauziel für Photovoltaikanlagen in China um beinahe 30 105 Prozent abgesenkt - auf eine Kapazität von nur noch 110 Gigawatt bis 2020. Gleichzeitig wurde die Einspeisevergütung für Solarstrom drastisch reduziert. Und es könnte noch schlimmer kommen: Zhu Ming, der Direktor von Chinas wichtigster Fachbehörde für Energiepolitik, der National Energy Administration, kann sich vorstellen, die Subventionen für Solarenergie bis 2025 ganz auslaufen zu lassen. Ein 110 Horrorszenario für die Photovoltaikindustrie.

Schließlich ringen schon jetzt Modulhersteller auf der ganzen Welt ums Überleben. Der amerikanische Konzern Sun Power schließt eine Fabrik auf den Philippinen und streicht 2 500 Jobs, der Konkurrent First Solar kündigte 1 600 Mitarbeitern, und auch 115 bei Solarworld bahnt sich ein Restrukturierungsprogramm an. Von 470 Leiharbeitern haben sich die Bonner bereits getrennt, jetzt drohen Einschnitte beim Stammpersonal. Klar scheint aktuell nur: Die Sonnenrevolution dürfte noch viele ihrer Kinder fressen.

Goldene Zukunft

120 *Mehr Leistung* Solarmodule sind günstig wie nie. Wer heute handelsübliche polykristalline Photovoltaik-Paneele kauft, muss dafür 30 Prozent weniger ausgeben als Anfang 2016. Während die Leistung der Module stetig zunimmt, sinken die Preise weiter. Als Faustregel gilt: Verdoppelt sich die 125 installierte Kapazität, fallen die Kosten um 20 Prozent.

130 *Wachstumsschub* Die enorme Kostenreduktion kurbelt die Nachfrage nach Modulen seit Jahren an. Solarenergie boomt weltweit. Experten des Weltwirtschaftsforums schätzen, dass es mittlerweile in 30 Staaten der Welt günstiger ist, Strom mit Hilfe von Photovoltaikanlagen zu erzeugen als mit fossilen Kraftwerken auf Basis von Kohle, Öl oder Gas.

Quelle: Scheuer, S./Hubik, F., Handelsblatt, Nr. 006, 09.01.2017, 22

Sinkende Preise

Spotpreis für **Silizium-Solarmodule** in US-Dollar je Watt



HANDELSBLATT // Quelle: Bloomberg

Handelsblatt Nr. 006 vom 09.01.2017
© Handelsblatt GmbH. Alle Rechte vorbehalten.
Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@vhb.de.

Solarworld kämpft ums Überleben

5 *Schicksalstag in Bonn: Am Donnerstag diskutiert der Aufsichtsrat über die Zukunft von Solarworld. Der angeschlagene Photovoltaikkonzern muss zumindest sein Geschäftsmodell anpassen. Im Gespräch ist eine Konzentration auf spezialisierte Produkte, aber auch der Abbau von Arbeitsplätzen.*

10 Für Frank Asbeck war es wie ein „neuer Geburtstag“. Wochenlang hatte der Gründer und Chef von Solarworld gebettelt, gekämpft und schließlich gewonnen. Im Sommer 2013 überzeugte Asbeck seine Aktionäre davon, auf mehr als 95 Prozent ihres Kapitals zu verzichten. Die drohende Pleite von Deutschlands größtem Photovoltaikkonzern war abgewendet. Dank der Entscheidung der Gläubiger stünde Solarworld „finanziell und bilanziell wieder auf einem starken Fundament“, erklärte Asbeck damals: „Wir werden jetzt wieder durchstarten und wie bisher die Rolle des Technologie- und Qualitätsführers in der Solarindustrie einnehmen.“

15 Schon damals gab es Zweifel, ob der Neustart mit einem nahezu identischen Geschäftsmodell gelingen kann. Asbeck hielt aber daran fest, die komplette Wertschöpfungskette von der Beschaffung der Rohstoffe über die Produktion der Module bis zum Vertrieb abzudecken. Jetzt, dreieinhalb Jahre nach der Restrukturierung, dürfen sich die Skeptiker bestätigt fühlen. Das bilanzielle Fundament von Solarworld bröckelt erneut. Der Konzern schreibt das sechste Jahr in Folge Verluste, verdient kein Geld, sondern verbrennt es. Im Tagesgeschäft gaben die Bonner zuletzt rund 40 Millionen Euro mehr aus, als sie einnahmen.

20 Mittlerweile ist die Lage so ernst, dass nach Informationen des Handelsblatts aus Unternehmenskreisen einzelne Aufsichtsräte eine völlige Neuausrichtung des Konzerns fordern. Solarworld soll sich demnach auf einzelne spezialisierte Produkte konzentrieren und die Kosten massiv senken. Bei der Sitzung des Aufsichtsrats am 25 Donnerstag in Bonn soll darüber „tabulos“ gesprochen werden. Ob schon Beschlüsse fallen, ist aber offen.

30 Die Erwartungshaltung des zwölfköpfigen Kontrollgremiums um Aufsichtsratschef Georg Gansen ist klar: „Der Vorstand hat die Aufgabe, ein Konzept vorzulegen, wie es weitergeht“, heißt es in Aufsichtsratskreisen. Die Kontrolleure verlangen vom Management um Konzernchef Asbeck eine Gesamtstrategie, die auch langfristig funktioniert. Am bisherigen Geschäftsmodell haben einige Aufseher grundlegende Zweifel. „Auf Dauer kann das so nicht gehen“, heißt es im Umkreis des Gremiums mit Blick auf das aktuelle Marktumfeld.

35 Tatsächlich erlebt Solarworld gerade ein Déjà-vu. Die Preise für Solarmodule sind wegen massiver Überkapazitäten heute im freien Fall wie vor der Restrukturierung 2013. Chinesische Anbieter drücken erneut ihre Paneele zu Spottpreisen auf den Weltmarkt, weil sie zu Hause keine Abnehmer mehr finden. Und wie damals steht 40 Solarworld deswegen mit dem Rücken zur Wand.

Für das Gesamtjahr 2016 hat der einstige „grüne“ Börsenstar zwar noch keine endgültigen Geschäftszahlen veröffentlicht. Der Bericht zum dritten Quartal des

50 vergangenen Jahres offenbart aber die desaströse Finanzlage bei Solarworld. Allein von Januar bis Ende September 2016 verbrannte das Ökounternehmen mehr als 100 Millionen Euro. Die liquiden Mittel sind auf nur noch 84 Millionen Euro abgeschmolzen. Unter dem Strich steht nach neun Monaten ein Verlust von rund 62 Millionen Euro.

55 Während die Eigenkapitalquote auf 18,4 Prozent absackte, schoss die Nettoverschuldung um gut ein Drittel in die Höhe - auf rund 315 Millionen Euro. Die angepeilte Umsatzmilliarde verfehlt Solarworld 2016. Schlimmer noch: Die Risikolage des Konzerns hat sich „verschärft“.

60 Zwar geht der Solarworld-Vorstand weiterhin vom Fortbestand der Gesellschaft aus. Aber die Gesamtrisikolage bewertet das Management als „sehr hoch“. Der Grund: Neben dem erhöhten Wettbewerbsdruck und gekürzten Förderungen hat Solarworld bestimmte Finanzkennzahlen (Covenants) nicht eingehalten. Nun steht
65 Darlehensgläubigern ein Sonderkündigungsrecht zu. Theoretisch könnten sie jederzeit Schulden in Höhe von mehr als 180 Millionen Euro fällig stellen. Kommt es dazu, wäre Solarworld existenziell bedroht.

Analysten sind äußerst skeptisch „Die Zukunftsfähigkeit des Geschäftsmodells von Solarworld steht infrage“, sagt Arash Roshan Zamir. Der Analyst von Warburg
70 Research hält den Konzern für „nicht wettbewerbsfähig“. Roshan Zamir schätzt, dass die Produktionskosten von Solarworld bei etwa 0,46 Euro pro Watt liegen. Der Weltmarktpreis für polykristalline Solarmodule beträgt laut der Marktforschungsfirma PV Insights aber nur 0,34 Euro pro Watt.

75 „Um die Unternehmensfortführung zu sichern, muss Solarworld seine Produktionskosten jetzt deutlich senken“, meint Roshan Zamir. Das Management hat bereits erste Schritte eingeleitet. Solarworld hat sich von 470 Leiharbeitern getrennt und die Produktion, gemessen an der jährlichen Fertigungskapazität von 1 500
80 Modulproduktion im thüringischen Arnstadt still. In dem kleinsten der drei Solarworld-Werke fokussiert sich die Firma auf die Fertigung von Vorprodukten für Module, etwa Solarzellen.

85 Doch unverdrossen schwört Solarworld auf die Strategie, beinahe alles selbst zu machen. Die Produktion umfasst die gesamte Fertigungstiefe - vom Zerschneiden des Ausgangsmaterials Silizium in dünne Scheiben über die Weiterverarbeitung zu Zellen bis hin zum Modul als Endprodukt. In Aufsichtsratskreisen werden dagegen Fragen lauter, ob es nicht klüger wäre, einzelne Komponenten billig zuzukaufen und sich
90 etwa auf die Produktion und den Verkauf ganzheitlicher Solarsysteme zu spezialisieren.

Das wäre eine 180-Grad-Wende in der Strategie. So weit muss es aber nicht kommen. Verschiedene Szenarien würden durchgerechnet, heißt es in Unternehmenskreisen. Ein Konzernsprecher verteidigt das bestehende Geschäftsmodell: „Mit unserer
95 integrierten Produktion in Deutschland und den USA setzen wir uns in besonderem Maße von unserem gesamten Wettbewerb ab. Angesichts des großen Angebots

billiger Dumpingware im Markt ist dies ein wesentliches Unterscheidungsmerkmal unserer Marke, das von unseren Kunden hoch geschätzt wird.“

- 100 Klar ist aber: Der Vorstand steht unter Druck, die Weichen für die künftige Unternehmensausrichtung zu stellen. Es muss weiter gespart werden. Dabei rückt nun das Bestandspersonal in den Fokus. Ein Unternehmenssprecher schloss Kündigungen zuletzt nicht mehr explizit aus.
- 105 Solarworld beschäftigt mehr als 3 000 Mitarbeiter und erwirtschaftet etwa die Hälfte seines Umsatzes in den USA. Ausgerechnet dort kratzt aber ein 720 Millionen Euro schwerer Rechtsstreit an dem Image des Unternehmens. In Asien, wo die größten Wachstumsraten im Photovoltaiksektor erzielt werden, ist der Konzern kaum präsent.
- 110 Zudem leidet Solarworld unter seiner mangelnden Größe. Waren die Bonner einst der zweitgrößte Modulhersteller der Welt, belegt der Konzern heute nur noch Platz 15. Die jährliche Fertigungskapazität von Solarworld beträgt nur ein Viertel derjenigen des Marktführers Trina Solar. Das Problem: Die Preisschlacht im Solarmarkt wird über die produzierte Masse gewonnen. Wer mehr produziert, hat aufgrund von
- 115 Skaleneffekten geringere Stückkosten und kann günstiger anbieten.

Quelle: Hubik, F., Handelsblatt, Nr. 009, 12.01.2017, 14

Aufstieg und Fall von Solarworld

1998 Der Diplom-Landwirt Frank Asbeck (Foto) gründet die Solarworld AG.

2000 Unter der rot-grünen Bundesregierung wird das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) beschlossen. Der Ausbau von Solar- und Windkraftanlagen wird mit Hilfe üppiger Förderungen stimuliert. Asbecks Solarmodule werden über Nacht zum Verkaufsschlager.

2005 „Weitere Siliziumversorgung gesichert“, meldet Solarworld. Der rasant wachsende Ökostromkonzern vereinbart den ersten von insgesamt vier langfristigen Lieferverträgen mit dem US-Siliziumhersteller Hemlock Semiconductor.

2007 Solarworld entwickelt sich zum neuen Börsenstar. Der damals im TecDax notierte Ökokonzern wird mit 4,6 Milliarden Euro bewertet.

2008 Die Unternehmensberatung Bain & Company kürt Solarworld zu „Deutschlands wachstumsstärkstem Unternehmen“.

2008 Als der Autohersteller Opel in wirtschaftliche Turbulenzen gerät, bietet Solarworld-Chef Asbeck an, das kriselnde Unternehmen zu übernehmen. Dabei steigt langsam auch der Druck auf Solarworld selbst.

2011 Solarworld rutscht tief in die roten Zahlen, schreibt mehr als 300 Millionen Euro Verlust. Die zunehmende Billigkonkurrenz aus Asien und gedrosselte Subventionen setzen dem Bonner Konzern massiv zu.

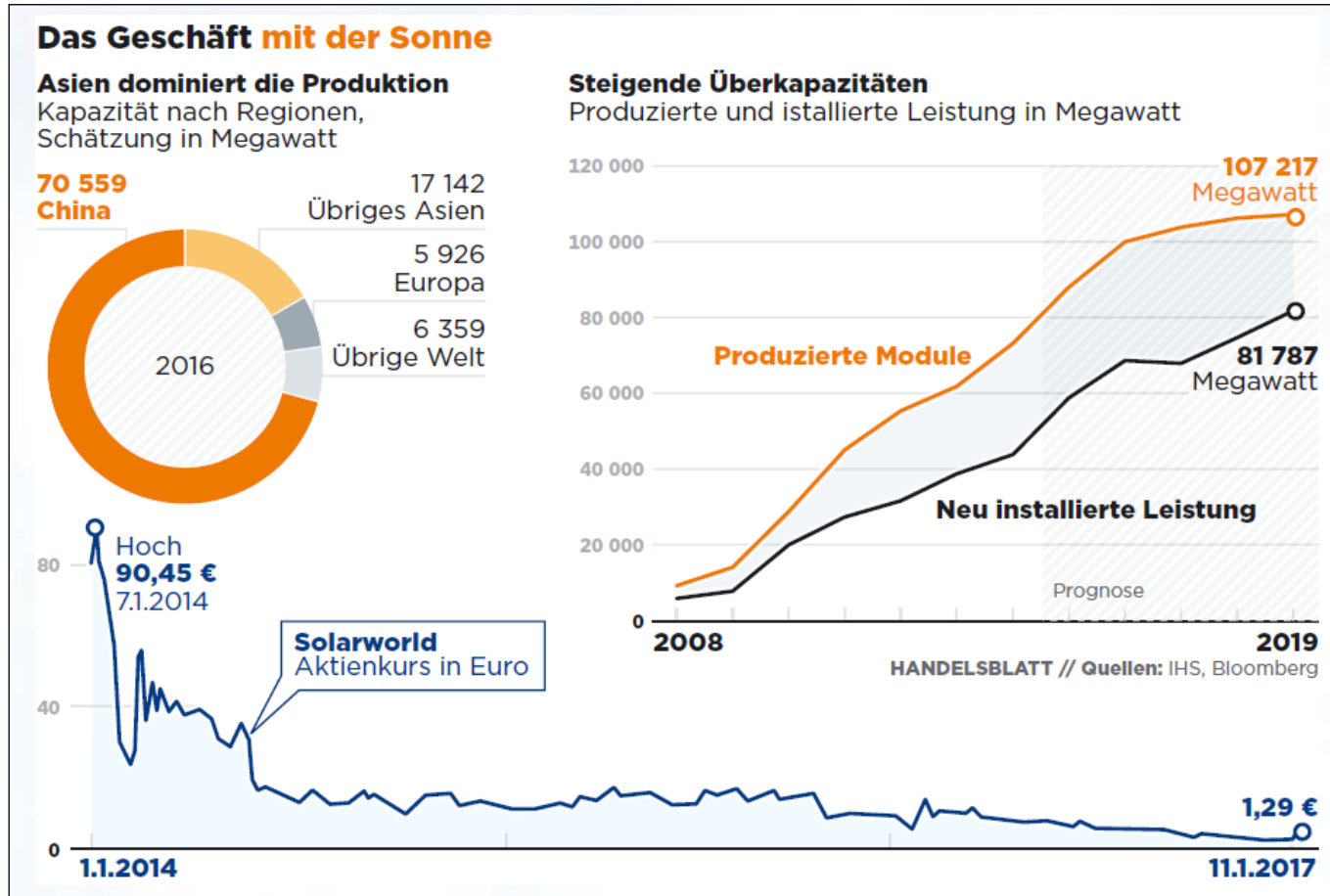
2012 Solarworld stellt alle Überweisungen an Hemlock ein. Sämtliche Schlichtungsversuche mit dem US-Konzern scheitern.



2013 Solarworld ringt ums Überleben. Die Aktionäre verzichten auf 95 Prozent ihres Kapitals, um den Fortbestand des Konzerns zu sichern.

2016 Ein US-Gericht verurteilt Solarworld in erster Instanz im Rechtsstreit mit Hemlock. Solarworld soll 720 Millionen Euro Schadensersatz zahlen. Der Konzern geht in Berufung und setzt darauf, dass Hemlock seine Ansprüche nicht durchsetzen kann.

2016: Solarworld reißt mit Gläubigern vereinbarte Unternehmenskennzahlen. Das Geld wird knapp, die Schulden explodieren. Die wirtschaftliche Situation der Firma bewertet der Vorstand nun als „sehr schwierig“.



Das schleichende Ende der Kohle

Deutschland verabschiedet sich von dem umstrittenen Energieträger - auch ganz ohne Plan.

5

Der Ausstieg aus der Nutzung von Kohle und Gas zur Stromproduktion geht mit Riesenschritten voran. Das belegen aktuelle Zahlen der Bundesnetzagentur. Allein 2016 registrierte die Bonner Behörde Stilllegungsanzeigen für 19 Kraftwerksblöcke mit einer installierten Leistung von 4 772 Megawatt (MW). Zur Einordnung: Der Wert entspricht der installierten Leistung von fünf Atomkraftwerken. Er lag deutlich über den Zahlen des Vorjahres: 2015 gingen bei der Netzagentur Stilllegungsanzeigen für 3 414 MW ein.

Damit wird die Politik von der Realität überholt. „Das Aus für die Kohle kommt von ganz allein, wir brauchen keine zusätzlichen Beschlüsse der Politik“, sagt ein Branchenmanager. Jüngste Berechnungen des Thinktanks „Agora Energiewende“ bestätigen das. „Wenn man den Rückgang der Kohleverstromung in 2016 in der Zukunft so fortsetzen würde, so würde ungefähr Anfang 2038 das letzte Kohlekraftwerk vom Netz gehen“, hatte Agora-Direktor Patrick Graichen Ende vergangener Woche gesagt.

Allerdings ist Agora davon überzeugt, dass es zusätzlich politischer Begleitung bedarf. Nach der Bundestagswahl müssten die Gespräche beginnen, „um einen gesamtgesellschaftlichen Konsens für Klimaschutz, Strukturwandel und Versorgungssicherheit zu erreichen“, sagte Graichen.

Die Kraftwerksbetreiber stehen einem politisch verordneten Kohleausstieg kritisch gegenüber. Sie befürchten, dass weitere Eingriffe in den Markt beschlossen werden könnten, mit dem Ziel, das Ende der Kohleverstromung zusätzlich zu beschleunigen. Tatsächlich gehen die Meinungen über den geeigneten Termin für einen Kohleausstieg in der Politik weit auseinander. Die Grünen hatten auf ihrem Bundesparteitag 2016 einen Ausstieg bis 2025 beschlossen. Das Kohleland NRW dagegen plant noch bis weit ins übernächste Jahrzehnt hinein mit Kohlekraftwerken und verweist in diesem Zusammenhang auf bereits erteilte Genehmigungen für den Tagebau im rheinischen Braunkohlerevier.

Die Kohleverstromung ist einer der entscheidenden Schlüssel für die Reduktion der Treibhausgasemissionen. Braun- und Steinkohlekraftwerke gehören zu den großen Treibhausgasemittenten. Ihr Anteil an der Stromproduktion muss sinken, wenn Deutschland seine Klimaschutzziele erreichen will. Nach Angaben von Agora schlägt sich der verminderte Kohleinsatz bereits in der Klimabilanz des Stromsystems nieder: Dessen Kohlendioxidemissionen gingen 2016 um 1,6 Prozent zurück. Sie sind damit zum dritten Mal in Folge gesunken.

Zwar wurden 2016 auch Gaskraftwerke stillgelegt. Die verbliebenen Gaskraftwerke produzierten laut Agora 2016 jedoch gut ein Viertel mehr Strom als im Vorjahr. Bei der Stromproduktion mittels Gas wird wesentlich weniger CO₂ frei, als bei der Kohleverstromung.

50 Da aber in den Sektoren Industrie, Wärme und Verkehr die Emissionen gestiegen sind, kletterten auch die Gesamtemissionen um 0,9 Prozent. Damit erscheint es fraglich, ob Deutschland seine Klimaziele erreichen wird. Der Plan sieht eigentlich vor, die Treibhausgasemissionen bis 2020 um 40 Prozent und bis 2030 um 55 Prozent zu reduzieren.

55 Fossile Kraftwerke sind wirtschaftlich enorm unter Druck geraten. Einerseits gibt es große Überkapazitäten, andererseits drängen die erneuerbaren Energien in den Markt. Es kommt immer häufiger vor, dass Sonnen- und Windstrom die Märkte überfluten. Die Strompreisnotierungen fallen dann ins Bodenlose, vereinzelt - so etwa an den Weihnachtsfeiertagen - entsteht die Situation, dass Käufer sogar noch Geld
60 bekommen, wenn sie Strom abnehmen („negative Strompreise“).

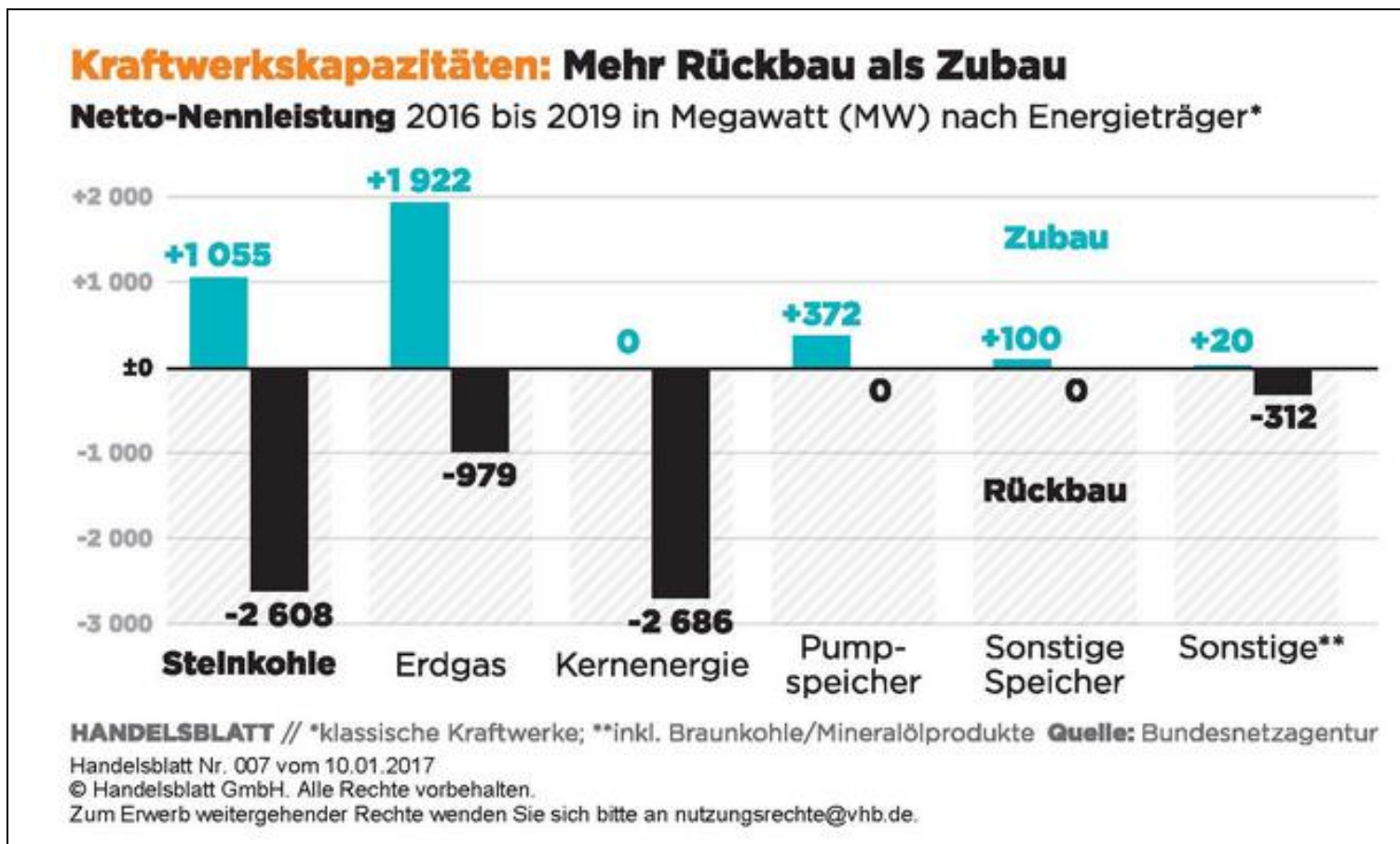
Unter diesen Umständen lassen sich viele Kraftwerke nicht mehr wirtschaftlich betreiben. Für den Erhalt des Gesamtsystems sind sie aber dennoch unverzichtbar. Denn für den Fall, dass die Sonne nicht scheint und der Wind nicht weht, sind sie die
65 einzigen Garanten für eine störungsfreie Stromversorgung. Das gilt zumindest so lange, wie keine ausreichenden Speicherkapazitäten zur Verfügung stehen, um überschüssigen Wind- und Sonnenstrom für Flautezeiten zu speichern.

Die Bundesnetzagentur prüft daher jeden einzelnen Stilllegungsantrag: Wenn ein
70 Kraftwerk für den Erhalt des Gesamtsystems für unverzichtbar gehalten wird, kann es nicht komplett stillgelegt werden. Es wird dann Bestandteil der „Netzreserve“. Die Kraftwerke der Netzreserve werden in besonderen Engpasssituationen eingesetzt. Nach Angaben der Bundesnetzagentur belaufen sich die Vorhaltekosten für die Netzreserve in diesem Winter auf 192 Millionen Euro.

75 Von den 19 Kraftwerksblöcken, für die 2016 Stilllegungsanzeigen bei der Bundesnetzagentur eingingen, wurden bereits elf als „nicht systemrelevant“ eingestuft, bei acht Kraftwerksblöcken ist die Systemrelevanz noch nicht geklärt.

80 Nach Branchenberechnungen sind seit 2012 etwa 25 Prozent des damaligen Bestandes fossiler Kraftwerke stillgelegt oder zur Stilllegung angemeldet. Der Trend wird sich 2017 fortsetzen. Für das laufende Jahr gibt es bereits eine Reihe von Kraftwerksstilllegungsanzeigen.

85 *Quelle: Stratmann, K., Handelsblatt, Nr. 007, 10.01.2017, 8*



Öffentliche Hand muss Energie sparen

5 Bund, Länder und Gemeinden müssen künftig in die Energieeffizienz ihrer Gebäude investieren. Das geht aus dem Entwurf von Bundeswirtschaftsministerium und Bundesumweltministerium für das Gebäudeenergiegesetz (GEG) hervor, der dem Handelsblatt vorliegt. Der Entwurf soll im Februar vom Kabinett verabschiedet werden.

10 Das GEG bezieht sich zunächst nur auf Nichtwohngebäude der öffentlichen Hand, also etwa auf Rathäuser, Schulen oder Ministerien. Es soll ab 2019 gelten. Ursprünglich war geplant, auch private Wohn- und Nichtwohngebäude in die Regelung einzubeziehen. Doch nach Protesten aus der Wohnungswirtschaft wurde dieser Plan zurückgestellt. In der Vorbemerkung zum Entwurf heißt es nun, die Bestimmungen für private Gebäude müssten „in einer zweiten Stufe rechtzeitig vor
15 2021“ festgelegt werden. Damit wären die Umsetzungsfristen der einschlägigen EU-Richtlinie noch eingehalten.

Gebäude spielen eine Schlüsselrolle im Klimaschutz. Sie stehen für 30 Prozent der CO₂ - Emissionen in Deutschland. Ziel der Bundesregierung ist ein „nahezu
20 klimaneutraler Gebäudebestand bis 2050“. Um das Ziel zu erreichen, dürfen Neubauten der öffentlichen Hand ab 2019 nur noch 55 Prozent des Energieverbrauchs eines Referenzhauses nach Energieeinsparverordnung (EnEV) aufweisen. Nach Angaben der federführenden Ministerien bewirken die höheren Standards im Neubausektor eine Kostensteigerung „um durchschnittlich etwa 2,5 Prozent“.
25 Fachleute halten den Wert für niedrig gegriffen.

Klimaschützer hätten sich ehrgeizigere Ziele gewünscht. Das Anforderungsniveau sei „wenig ambitioniert“ und bleibe „weit hinter den technischen Möglichkeiten zurück“, heißt es etwa bei der Deutschen Umwelthilfe (DUH). Ausnahmen gelten für die
30 kommunale Ebene: Die Pflicht, höhere Effizienzstandards zu erfüllen, soll für Gemeinden gemäß Paragraf 13 des Gesetzentwurfs entfallen, „wenn die Erfüllung der Pflicht mit Mehrkosten verbunden ist, die auch unter Berücksichtigung der Vorbildfunktion nicht unerheblich sind“. Aus Sicht von Christian Noll von der Deutschen Unternehmensinitiative Energieeffizienz (Deneff) würde der Gesetzgeber
35 klammern Kommunen damit einen Bärendienst erweisen: „Wird bei neuen Gebäuden an der Effizienz gespart, müssen sie dann über 50 Jahre und länger überhöhte Energiekosten stemmen.“

Der Gesetzentwurf adressiert in erster Linie Neubauten. Gebäude aus dem Bestand
40 sind nur betroffen, wenn sie ohnehin in einem bestimmten Umfang saniert werden. Mit dem GEG beendet die Bundesregierung das Nebeneinander von Energieeinspargesetz (EnEG) mit der dazugehörigen Energieeinsparverordnung (EnEV) und Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz (EEWärmeG). Sie sind künftig im GEG vereint.
45

Quelle: Stratmann, K., Handelsblatt, Nr. 009, 12.01.2017, 11

Peter Reitz (EEX): „Es gibt keinen Mangel an Strom“

Der Chef der Energiebörse EEX über die Blackout-Angst, Fusionspläne und paradoxe Preise.

5

Morgens nach Frankfurt, abends zurück nach Leipzig: Das Interview mit dem Handelsblatt führt EEX-Chef Peter Reitz bei der Deutschen Börse in Frankfurt. Der Konzern hält die Mehrheit an dem Leipziger Energiehandelsplatz.

10 *Herr Reitz, die Marktanteile unter Börsenbetreibern gelten als weitgehend aufgeteilt. Trotzdem haben sie 2016 bei der European Energy Exchange wieder ein Rekordjahr verzeichnet. Wie klappt das?*

15 Ganz einfach. Wir sind als Leipziger Strombörse gestartet, aber wir bauen die EEX zu dem aus, was der Name schon länger verspricht: eine Rohstoffbörse mit internationalem Anspruch.

Was heißt das konkret?

18 Wir haben die Produktkategorien, die bei uns gehandelt werden, schrittweise ausgebaut. Die EEX steht längst nicht mehr nur für Stromhandel, sondern auch für
20 den Handel mit Gas, Kohle oder CO₂ - Emissionsrechten. Wir wollen unseren Kunden den Handel mit allen energierelevanten Produkten aus einer Hand anbieten.

Und das war's?

25 Nein, dabei werden wir es nicht belassen. Wir haben bereits erste Schritte über Europa hinaus gemacht, indem wir eine Mehrheit an der Cleartrade Exchange in Singapur erworben haben. Damit sind wir nun auch in den Märkten für Fracht, Eisenerz und Schiffsdiesel aktiv. Aber an der EEX kann man heute etwa auch Derivate auf
Agrarprodukte oder Windenergie handeln.

30 *Große Pläne. Aber die Hälfte Ihrer Umsätze machen Sie immer noch mit Strom.*

Ja, der Stromhandel ist und bleibt unser wichtigster Markt. Und er wächst weiter stark, insbesondere im langfristigen Segment. Noch werden weniger als 40 Prozent dieser Derivate über die Börse gehandelt, aber das verlagert sich gerade mehr und mehr hin
auf unsere Plattform.

35

Wieso wickeln Kraftwerksbetreiber oder Energieversorger ihre Geschäfte über die Börse ab? Das kostet doch Geld.

Natürlich erheben wir eine Gebühr für unsere Dienstleistung. Aber dafür bieten wir mit unserem Clearinghaus ja auch den entsprechenden Service. Unser Clearinghaus
40 übernimmt das Ausfallrisiko der Gegenparteien. Wir garantieren also die Zahlung und die Lieferung jedes einzelnen Geschäfts.

Muss das sein?

45 Die Industrie steckt mitten im Umbruch. Strom wird aber heutzutage mit fünf bis sechs Jahren Vorlauf gehandelt. Entsprechend stark sind unsere Dienstleistungen gefragt, denn wenn etwa ein Stromanbieter heute Strom kauft, will er ja auch sicher sein, dass in Zukunft geliefert wird.

50 *Das klingt rational. Aber gleichzeitig scheint der Strommarkt auch ziemlich verrückt zu sein. Manchmal wird Strom verschenkt, weil es zu viel davon gibt. An anderen Tagen warnen Schwarzmaler vor einer Stromlücke. Was stimmt denn jetzt?*
Gegenfrage: Haben Sie schon mal auf den Lichtschalter gedrückt und das Licht ging nicht an?

55 *Nein.*

Na eben! Es gibt keinen Mangel an Strom, im Gegenteil. Wenn Sie sich den Markt auf europäischer Ebene anschauen, haben wir derzeit ein Überangebot. Die bestehenden Kraftwerke laufen weiter, dazu kommen neue Wind- und Solarkraftwerke. Dadurch haben wir mehr Kapazität, als wir brauchen.

60 *Mit paradoxen Folgen. Manchmal müssen Produzenten dafür zahlen, dass ihnen Strom abgenommen wird. Die Preise werden negativ.*

Ja, das kommt vor. Viele Großkraftwerke können noch nicht flexibel auf Bedarfsschwankungen reagieren. Für sie kann es günstiger sein, Strom zu
65 verschenken, weil es teurer wäre, die Produktion zu drosseln und dann wieder hochzufahren. Die Konzerne nehmen derzeit viel Geld in die Hand, um flexibler zu werden, aber bis dieses Ziel erreicht ist, wird es immer wieder auch mal negative Strompreise geben.

70 *Leider habe ich davon beim Blick auf meine Stromrechnung noch nichts gemerkt. Allerdings, denn zwischen dem Großmarkt und Ihrer Steckdose liegt ein langer Weg. Der Großhandelspreis macht nur noch etwa ein Viertel des Endkundenpreises aus. Der Rest sind Netzentgelte, Umlagen und Steuern. Und als Verbraucher kaufen wir ja nicht Strom für eine Stunde, sondern für ein ganzes Jahr. [...]*

75

Mal was anderes: Werden Sie als Chef einer Energiebörse häufig gefragt, warum Strom so teuer ist?

Ja, die Frage kommt schon mal auf. Manche Leute fragen auch, ob ich ihnen einen Rabatt gewähren kann.

80

Und, wie sieht's aus?

Da muss ich Sie leider enttäuschen: Wir sind die Börsenplattform, die Käufer und Verkäufer zusammenbringt, insofern haben wir keinen Einfluss auf die Preise.

85 *Der Manager Peter Reitz ist Diplom-Mathematiker. Seine Karriere begann bei der Deutschen Börse in Frankfurt, seit August 2011 leitet er die Energiebörse EEX.*

90 *Die EEX entstand 2002 durch die Fusion der Strombörsen von Frankfurt und Leipzig. Sie beschäftigt mehr als 400 Mitarbeiter. Die Deutsche Börse hält die Mehrheit an dem Leipziger Energiehandelsplatz. Der Konzern plant derzeit die Fusion mit der Londoner Börse. Aufseher müssen aber noch zustimmen.*

Quelle: Brächer, M., Handelsblatt, Nr. 017, 24.01.2017, 30

Peter Terium (Innogy): Die nächste Wende

Innogy-Chef Peter Terium fordert, neben der Stromerzeugung endlich auch andere Bereiche wie die Transportindustrie stärker in die Energiewende einzubeziehen. Nur so ließen sich die Klimaschutzziele noch erreichen.

Peter Terium ist die personifizierte Energiewende. Vor zwei Jahren kämpfte der Niederländer als Chef von Europas größtem CO₂ - Emittenten RWE noch energisch gegen die geplante Klimaabgabe für Kohlekraftwerke. Jetzt hat der 53-Jährige gar nichts mehr mit Braun- und Steinkohle zu schaffen. Im Oktober gab er den Vorstandsvorsitz von RWE ab und führt seit dem Börsengang die Innogy SE, in die RWE die Bereiche erneuerbare Energien, Vertrieb und Netze abgespalten hat.

Für Terium ist die Energiewende jetzt also das zentrale Geschäft - und bei seinem ersten Auftritt als Innogy-Chef auf der Handelsblatt-Energietagung appellierte er jetzt entsprechend entschlossen für eine erfolgreiche Umsetzung des „Jahrhundert-Projekts“, wie er es nennt. Zum Wohle des Klimas, der Volkswirtschaft, der Verbraucher - aber eben auch seines eigenen, neuen Unternehmens. „Wir vertrauen darauf, dass sich unser Investment für die Energiewende auf lange Sicht auszahlt“, sagte Terium vor den rund 1 200 versammelten Managern von großen Konkurrenten, kleinen Kommunalversorgern, Beratern und Politikern in Berlin.

Der Innogy-Chef macht sich aber Sorgen: „Die Umsetzung der Energiewende verläuft alles andere als geradlinig - vieles wirkt ungesteuert und konfus.“ Noch gebe es keine Antwort, wie das Energiesystem tatsächlich komplett auf erneuerbare Energien umgestellt werden könne. Noch sei unklar, wie teuer der Umstieg letztlich wird. Terium hat aber einen Plan, wie die Energiewende zum Erfolg werden kann - und den skizzierte er in Berlin. Seine Kernforderung: „Aus der Stromwende muss eine echte Energiewende werden.“ Auch die Bereiche Wärme und Transport müssten endlich genauso entschlossen eingebunden werden wie in den vergangenen knapp zwei Jahrzehnten der Stromsektor. Derzeit spielten „Wärmemarkt und Verkehr eine untergeordnete Rolle“, kritisierte Terium. Dabei entfielen nur 40 Prozent der Kohlendioxidemissionen auf die Energiewirtschaft: „Erneuerbare Energien müssen viel stärker im Bereich Wärme und Verkehr eingesetzt werden.“

Der Innogy-Chef steht damit nicht allein da. Immer lauter wird in der Branche die Forderung nach einer sogenannten Sektorkopplung - einer sektorübergreifenden Strategie. Tatsächlich war die Energiewende, die 2000 unter der damaligen rot-grünen Bundesregierung eingeläutet und 2011 nach der Reaktorkatastrophe von Fukushima von Schwarz-Gelb verstärkt wurde, einseitig auf den Sektor Strom ausgerichtet. Das Erneuerbare-Energien-Gesetz förderte den Bau von Wind- und Solaranlagen, und der Atomausstieg wurde beschlossen. Während der Anteil der erneuerbaren Energien am Stromverbrauch im vergangenen Jahr schon bei 32 Prozent lag, dümpelte er beim gesamten Primärenergieverbrauch unter 13 Prozent. Bei Heizungen liegt er auch nur bei 13 Prozent - und die Autokonzerne entdecken erst jetzt das Thema Elektromobilität. Selbst der Anteil von Biokraftstoffen ist im Verkehrssektor verschwindend gering.

50 Nach Teriums Worten wird Strom dabei gegenüber dem Wärmemarkt sogar
benachteiligt. Bei Strom für Haushaltskunden seien „stolze 54 Prozent“ an Steuern,
Umlagen und Abgaben fällig. Bei Erdgas und Heizöl seien es derzeit nur 27 Prozent.
Unter anderem deshalb sei Strom - der ja immer grüner wird - im Wärmebereich nicht
konkurrenzfähig. Er verwies darauf, dass 2015 die Verkaufszahlen von Ölheizungen
sogar um 30 Prozent zugelegt hätten - weil der Rohstoff eben immer günstiger wurde.
55 „Grüner Strom muss eine faire Chance haben, sich im Wärmemarkt und als Treibstoff
zu behaupten.“ Letztlich plädierte Terium für einen verstärkten Einsatz seines
Hauptprodukts, Strom, auch im Verkehr und bei Heizungen. Beispielsweise sollen
Wärmepumpen, die mit Strom betrieben werden, konkurrenzfähig werden. Und die
Autokonzerne sollen endlich beim Thema Elektromobilität ernst machen. Sein
60 Unternehmen bietet sich aktiv als Partner an. Innogy betreibt in Deutschland so viele
Ladesäulen wie kein zweiter Versorger und will sich auch jetzt am geplanten
Schnellladnetz entlang der Autobahnen beteiligen.

65 Die Bundesregierung hat das Thema Sektorkopplung ebenfalls oben auf die Agenda
gesetzt - speziell mit Blick auf den Wärmemarkt. Die Regierung erarbeitet ein
„Grünbuch Energieeffizienz“ und hat dazu eine öffentliche Konsultation gestartet.
Dabei geht es insbesondere um die Einbindung von Heizungen in die Energiewende.
Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel bezeichnete das auf der Energietagung als
„eines der ganz großen Themen“. Er mahnte hier aber auch zu Realismus. „Wenn wir
70 in Zukunft Klimaschutz nur schaffen, wenn wir auch im Verkehr und der Wärme
mehr erneuerbare Energien einsetzen, dann werden wir das nicht alles über die EEG-
Umlage finanzieren können.“ Gabriel warnte insbesondere, nicht die Autoindustrie
mit Forderungen nach einem überstürzten Umstieg auf die Elektromobilität zu
überfordern. Das würde sonst Arbeitsplätze gefährden.

75 Neben der Sektorkopplung appellierte Terium, bei der Umsetzung der Energiewende
auch auf starke und intelligente Verteilnetze zu achten. Diese örtlichen Netze bringen
den Strom von den großen Überlandleitungen zu den Verbrauchern und sind in
Teriums Worten „das Rückgrat der Energiewende“ - auch wenn in der Öffentlichkeit
80 vor allem über die Übertragungsnetze diskutiert wird. Hier spricht er offen im eigenen
Interesse - daraus machte er vor den versammelten Energiemanagern keinen Hehl.
Innogy betreibt mit 350 000 Kilometern neben Eon das größte deutsche Verteilnetz -
und das Unternehmen leidet wie Hunderte andere Netzbetreiber unter der scharfen
Regulierung. Erst jüngst ordnete die Bundesnetzagentur eine Kürzung der Renditen
85 der Netzbetreiber an. Ihre Erlössituation sollte nicht weiter verschlechtert werden, um
andere Kostenanstiege der Energiewende in Teilen zu kompensieren, sagte Terium.
„Im Gegenteil: Wenn die Verteilnetzbetreiber wirtschaftlich in der Lage sind, in
Digitalisierung und Infrastruktur zu investieren, so trägt dies zu einer effizienten und
effektiven Energiewende bei.“

90 Tatsächlich kommt den Netzbetreibern eine zentrale Rolle zu. Sie müssen den Strom
von Hunderttausenden Photovoltaikanlagen und Blockheizkraftwerken aufnehmen,
die inzwischen dezentral bei den Verbrauchern stehen. Und sie müssen intelligent
werden, also mit dem Datennetz verbunden werden, um effizient auf
95 witterungsbedingte Schwankungen im Angebot reagieren zu können. Gleichzeitig
müssen Elektroautos und Stromspeicher eingebunden werden. „Die Digitalisierung

erlaubt es, ein Maximum an Erneuerbaren mit einem Minimum an Netzausbau zu nutzen und einen möglichst großen Teil der erneuerbaren Energie in der Region einzusetzen“, so Terium.

100

Damit ist Terium beim dritten Punkt seines Plans: Zentral für die Energiewende ist nach seinen Worten auch die Bereitschaft der Branche, sich an der Digitalisierung zu beteiligen. Bereits heute müsse das Energiesystem „eine unglaubliche Fülle von Daten über Einspeisevorgänge, Energiebedarf, Wetterprognosen und Risikofaktoren verarbeiten“. Nur so könne es eine reibungslose und effiziente Stromversorgung von Industrie und Haushalten gewährleisten - und die Anforderungen wachsen weiter.

105

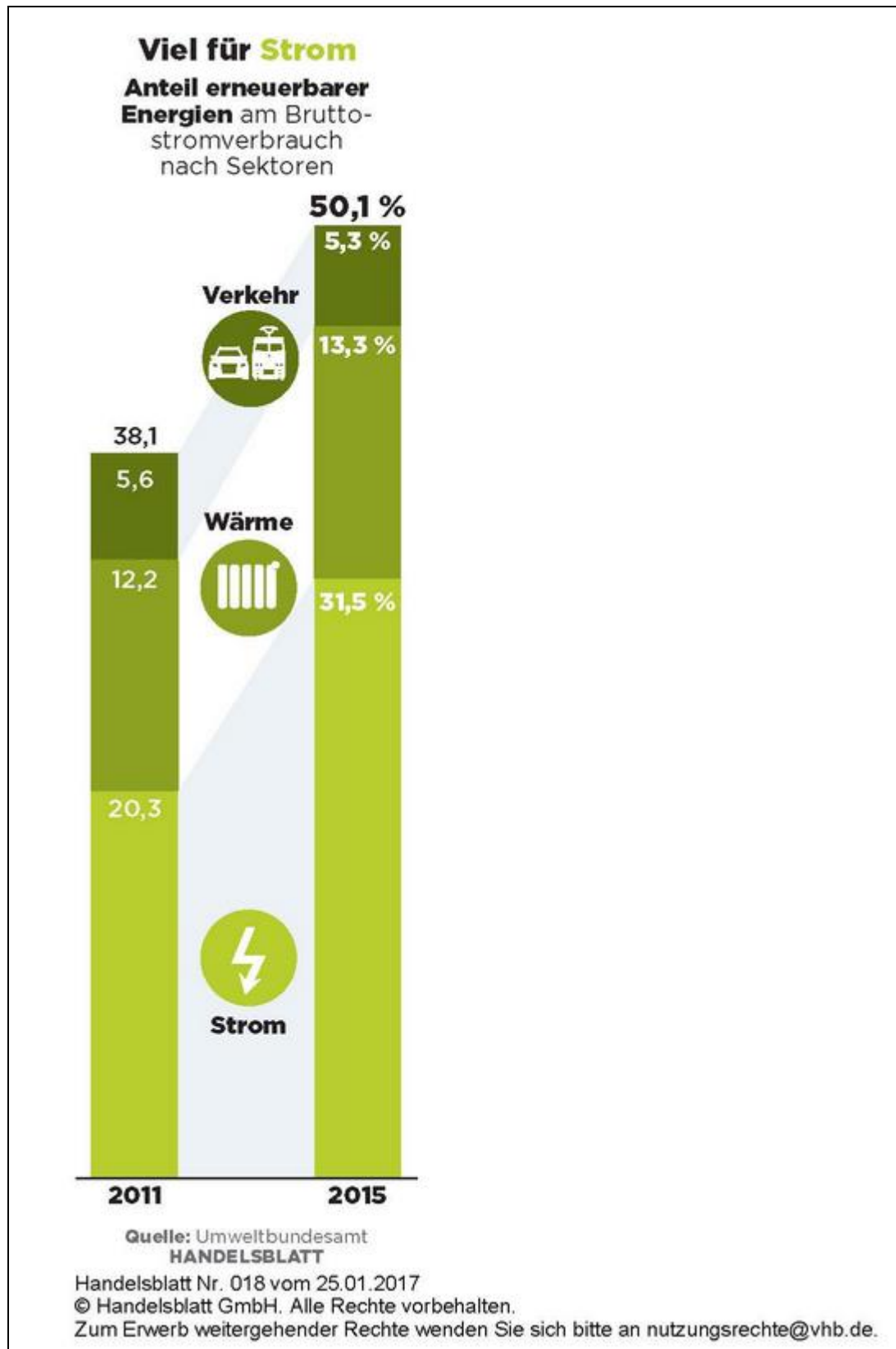
Hier mahnte Terium an, bei der Regulierung flexibler zu sein. Bei den intelligenten Stromzählern beispielsweise sei viel zu detailliert festgelegt worden, was die Zähler leisten müssen. „Wenn wir den Steve Jobs aus Berlin, Köln oder Hamburg eine Chance geben wollen, dann brauchen wir eine flexible Regulierung, die technologischen Fortschritt nicht abregelt, sondern intelligent steuert.“

110

Und zum Schluss hatte Terium bei seinem Plan noch einen besonderen Appell. Er warnte speziell in der Energiepolitik vor nationalstaatlichem Denken: „Die Energiewende muss europäisch angelegt sein“, forderte der Innogy-Chef vor den Managern: „Wer die Energiewende ökologisch und ökonomisch erfolgreich gestalten will, braucht keine Kleinstaaterei, sondern einen europäischen Ansatz.“

115

120 *Quelle: Flauger, J., Handelsblatt, Nr. 018, 25.01.2017, 14*



Kohle vs. Erneuerbare: Neuling kontra Kraftwerksriese

Zwei Manager, eine Branche, völlig konträre Ansichten: Uniper-Chef Klaus Schäfer und Philipp Schröder von Sonnen streiten über die Energiewelt von morgen.

5

Kein Wind? Keine Sonne? Kein Problem“, so wirbt Klaus Schäfer, Chef des Düsseldorfer Energieriesen Uniper, für den Erhalt seiner Kohle- und Gaskraftwerke. Allein mit Grünstromanlagen würden unsere Wohnungen in frostigen Tagen wie diesen nicht hell und kuschlig warm bleiben, lautet seine Botschaft. Schäfer selbst ist ein „Kraftwerk“. Der 1,90-Meter-Hüne steht für absolute Solidität. Er hat fast sein ganzes Berufsleben zwischen rauchenden Schloten und Stromtrassen verbracht. „Wir sind Wegbereiter der Energiewende.“ Ohne fossile Energien und Firmen wie Uniper werde der Übergang ins Ökostromzeitalter nicht gelingen.

10

15

Worte, bei denen Philipp Schröder schmunzelt. Wenn er Schäfer zuhört, fühlt sich der Geschäftsführer des Allgäuer Batteriespeicherherstellers Sonnen GmbH „ein bisschen an die Verteidigungsreden auf den Dieselmotor erinnert“. Schröder bestreitet nicht, dass künftig noch das eine oder andere fossile Reservekraftwerk in Deutschland gebraucht wird, um die schwankende Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien auszubalancieren. „Es werden aber deutlich weniger grundlastfähige Kraftwerke vonnöten sein, als Sie glauben“, sagt der 33-jährige Manager in Richtung seines Kontrahenten.

20

25

Schäfer und Schröder sind die personifizierte Energiewende. Der Vorstandsvorsitzende der Eon-Abspaltung und der Geschäftsführer des mittelständischen Energiespeicherherstellers könnten kaum unterschiedlicher sein. Schäfer ist seit Mitte der 90er-Jahre fest im Geschäft mit Großkraftwerken verankert - zuerst bei Viag und Thüga, dann bei Eon und Uniper. Schröder hat Rechtswissenschaften und erneuerbare Energien in Hamburg, St. Gallen und Singapur studiert und als Deutschland-Statthalter des US-Elektroautoherstellers Tesla für Furore gesorgt. Mit Sonnen will Schröder Konzerne wie Uniper nun frontal angreifen und mit einem Verbund an Grünstromanlagen vom Markt fegen.

30

35

Dabei wollen am Ende beide Manager aus dem gleichen Phänomen Profit schlagen: der zunehmenden Volatilität an den weltweiten Strommärkten. Mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien geraten die Stromnetze verstärkt unter Stress. Wegen der witterungsbedingten Schwankungen von Solar- und Windkraft müssen die Stromnetzbetreiber immer häufiger eingreifen, um Engpässe und Überlastungen zu verhindern und das Stromnetz so vor dem Kollaps zu bewahren. Mittlerweile wird allein in Deutschland bereits jede dritte Kilowattstunde Strom mit Hilfe von Grünstromanlagen erzeugt. Mehr als 26 000 Windräder drehen sich in der Bundesrepublik, und mehr als 1,5 Millionen Haushalte haben eine Photovoltaikanlage auf dem Dach. „Diese fluktuierenden Kapazitäten müssen gemanagt werden“, sagt Schröder. Er will 27 Millionen Haushalte in Deutschland in den nächsten Jahren mit Batteriespeichern ausstatten und in einem Netzwerk mit Grünstromanlagen bündeln. Wenn im Strommarkt Überkapazitäten bestehen, will er die Energie puffern und Geld damit verdienen, den Strom dann weiterzuverkaufen, wenn die Sonne nicht scheint und der Wind kaum weht.

40

45

50 „Wir können innerhalb unseres Pools über Stunden und teils Tage hinweg
Energienmengen verschieben“, erklärt Schröder. Er wettet darauf, dass kleine,
dezentrale Ökostromanlagen den Energiemarkt weltweit dominieren werden - und
zwar zu „unschlagbar günstigen Preisen“, wie er sagt. Denn wenn eine Investition in
eine Solaranlage oder eine Windmühle erfolgt ist, bestehen kaum noch Folgekosten.
55 Anders als große fossile Kraftwerke, die mit Kohle oder Gas befeuert werden,
brauchen die Grünstromanlagen keinen Inputstoff, der stetig eingekauft werden muss.
„Kohlekraftwerke werden sich nicht mehr rechnen“, sagt Schröder. Spätestens in zehn
Jahren, wenn für viele Solar- und Windparks die über 20 Jahre hinweg gewährten
Subventionen enden, so glaubt Schröder, sei das Geschäftsmodell von Uniper & Co.
de facto am Ende.

60 Klaus Schäfer will das nicht gelten lassen. „Gut 70 Prozent der systemrelevanten
Kraftwerke in Deutschland sind Uniper-Kraftwerke. Und ohne die wird es nicht
gehen“, kontert er. Er hält es für eine Illusion zu glauben, man könne mit
Energiespeichern für Haushalte und Kleingewerbe die enormen Volatilitäten im
65 Strommarkt ausgleichen: „In einem Industrieland wie Deutschland geht es nicht nur
um die Versorgungssicherheit bei Haushalten, sondern auch bei Industriekunden. Das
werden wir nicht leisten können ohne entsprechende Kraftwerke.“ Er fordert deshalb
von der Politik die Einführung eines Kapazitätsmarkts. Dabei sollen die Betreiber
dafür honoriert werden, Kraftwerkskapazitäten bereitzuhalten. Und der Uniper-Chef
70 wird noch deutlicher mit seiner Kritik: Schröder wolle ein Geschäftsmodell etablieren,
das im Kern unsolidarisch sei. Denn wenn immer mehr Deutsche ihren Strom selbst
produzieren würden, sinke die Anzahl der Personen, die das Stromnetz insgesamt
finanzierten.

75 „Die Entsolidarisierung sehe ich nicht“, widerspricht Schröder. Volkswirtschaftlich
hätten seine Speicher eine Positivbilanz, da der Netzausbau dadurch teilweise obsolet
werde. Zudem seien „Sonne und Wind nicht abhängig von Putin oder Ölkonzernen
wie Shell“.

80 So klar die Konfliktlinien zwischen den beiden Kontrahenten Schäfer und Schröder
auch verlaufen mögen, es gibt durchaus Überschneidungen. „Am Ende wird es beides
brauchen: große Kraftwerke und große Speicher sowie kleine, dezentrale Anlagen“, ist
Uniper-Chef Schäfer überzeugt. Und Sonnen-Geschäftsführer ergänzt: „Unsere
Ansätze liegen gar nicht so weit auseinander.“

85

Quelle: Hubik, F., Handelsblatt, Nr. 018, 25.01.2017, 16